

# SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Steffen Angenendt / Wenke Apt*

## Die demographische Dreiteilung der Welt

Trends und sicherheitspolitische  
Herausforderungen

S 28  
November 2010  
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

SWP-Studien unterliegen einem Begutachtungsverfahren durch Fachkolleginnen und -kollegen und durch die Institutsleitung (*peer review*). Sie geben ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren und Autorinnen wieder.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2010

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372

# Inhalt

5	<b>Problemstellung und Schlussfolgerungen</b>
7	<b>Die demographische Dreiteilung und ihre Triebkräfte</b>
9	Geburtenrate
10	Lebenserwartung
11	Wanderungsbewegungen
13	<b>Sicherheitspolitische Herausforderungen</b>
13	Bevölkerung und wirtschaftliche Macht
15	Bevölkerungsstruktur und Konflikt
18	Bevölkerung und Militär
19	Ernährungssicherheit und Ressourcenknappheit
21	Öffentliche Gesundheit
23	Bevölkerung und Klimawandel
24	Urbanisierung und Konflikt
25	Migration, Flucht und Sicherheit
28	<b>Schlussfolgerungen</b>
30	<b>Abkürzungen</b>

*Dr. Steffen Angenendt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der  
Forschungsgruppe Globale Fragen*

*Dr. Wenke Apt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der  
Forschungsgruppe Sicherheitspolitik*

## **Die demographische Dreiteilung der Welt Trends und sicherheitspolitische Herausforderungen**

Die Weltbevölkerung wächst und altert. Nach Prognosen der Vereinten Nationen (UN) wird sie bis 2050 um etwa ein Drittel auf 9,1 Milliarden Menschen anwachsen. In diesem Zeitraum wird auch das Durchschnittsalter der Weltbevölkerung ansteigen, von derzeit 29 auf 38 Jahre. Diesen globalen Trends liegen höchst unterschiedliche nationale und regionale Entwicklungen zugrunde. Neben Weltregionen mit starkem Bevölkerungswachstum gibt es andere, in denen die Bevölkerung stagniert oder schrumpft, und auch die Alterung fällt regional sehr verschieden aus.

Problematisch ist, dass diese demographischen Divergenzen mit wirtschaftlichen Ungleichheiten zusammenfallen. Die Welt wird faktisch dreigeteilt: in eine »erste« Welt mit reichen, alternden und zum Teil demographisch schrumpfenden Industriestaaten, eine »zweite« Welt aus wirtschaftlich dynamischen Schwellenländern mit relativ ausgeglichener Bevölkerungsentwicklung und fortschreitender Urbanisierung, und in eine »dritte« Welt armer Staaten mit einer jungen Bevölkerung, die stark wächst, und zwar insbesondere in den Städten.

Diese soziodemographische Dreiteilung der Welt birgt zahlreiche Herausforderungen, darunter auch sicherheitspolitisch relevante:

- ▶ Die demographische Alterung und Schrumpfung wird die wirtschaftliche und politische Position der entwickelten Industriestaaten beeinflussen. Gleichzeitig wird die Zuwanderung in diese Länder aller Wahrscheinlichkeit nach weiter zunehmen, was den Aufnahmeländern Chancen für Wachstum und Wohlstand bietet, aber auch Risiken für deren soziale Kohärenz und innere Stabilität bergen kann.
- ▶ In vielen Schwellen- und Entwicklungsländern wird die Urbanisierung voranschreiten. Vor allem den mittelgroßen Städten werden die zur Bewältigung des schnellen Wachstums notwendigen Infrastrukturen, Institutionen und finanziellen Mittel fehlen. Hier sind innenpolitische Konflikte zu erwarten.
- ▶ Die am wenigsten entwickelten Staaten werden eine starke Zunahme der Kinder- und Jugendbevölkerung verzeichnen. Dies könnte langfristig im Sinne einer »demographischen Dividende« vorteilhaft sein, aber nur wenn dafür günstige wirtschaft-

liche und politische Rahmenbedingungen bestehen. Realistischerweise ist zu erwarten, dass vielfach weiterhin Armut, Perspektivlosigkeit und schlechte Regierungsführung vorherrschen werden. Viele Regierungen werden zunehmend Schwierigkeiten haben, die Jugendlichen wirtschaftlich und gesellschaftlich zu integrieren. Auch hier werden sich die Konfliktpotentiale vergrößern, wird der Abwanderungsdruck steigen.

Diese demographischen Trends und die mit ihnen verbundenen Herausforderungen werden bislang nur in Ausschnitten wahrgenommen. So wird in den Industrieländern selten über die Auswirkungen des demographischen Wandels auf andere Weltregionen diskutiert. In der Regel bleibt die Debatte auf dessen Folgen für die eigenen Sozialsysteme und auf die Risiken für die innere Sicherheit beschränkt. Wenn über globale demographische Entwicklungen diskutiert wird, hat die Debatte nicht selten einen alarmistischen Charakter. So wird zum Beispiel angesichts der oft höheren Kinderzahlen in muslimischen Staaten und der Zuwanderung von dort vor einer »muslimischen Übernahme« der westlichen Welt gewarnt, oder es wird behauptet, dass Staaten mit einem starken Überhang an jungen Männern eine größere Aggressivität an den Tag legen – meist ohne hinreichende theoretische oder empirische Begründungen. Solche Dramatisierungen sind einer sachlichen Bewertung demographischer Risiken ebenso wenig dienlich wie das Gegenteil, deren Nichtbeachtung oder Negierung.

Zur Einschätzung der Risiken, die aus der demographischen Entwicklung erwachsen, dürfen nicht nur deren innenpolitische Aspekte analysiert, es müssen auch die außen- und sicherheitspolitischen Folgen betrachtet werden. Hierzu gehören unter anderem mögliche Machtverschiebungen zwischen der »ersten«, »zweiten« und »dritten« Welt sowie die sich verschärfende Konkurrenz um knapper werdende Nahrungsmittel und Ressourcen aufgrund des globalen Bevölkerungswachstums. Zudem wird der demographische Wandel in vielen Ländern mit Veränderungen in der Gesundheitsentwicklung einhergehen; er wird in Wechselwirkung mit dem Klimawandel stehen und die Risiken der Erderwärmung vergrößern. Zudem kann die schnelle Urbanisierung vor allem in den armen Staaten zu Destabilisierungen führen; mit unerwünschten innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Wanderungen ist ebenfalls zu rechnen.

Die Handlungsmöglichkeiten der deutschen und europäischen Politik sind begrenzt. Gleichwohl stehen ihr einige Optionen offen:

- ▶ In vielen schnell wachsenden Entwicklungsländern besteht weiterhin ein großer, nicht gedeckter Bedarf an Maßnahmen der Familienplanung. Die internationale Debatte über dieses Thema ist außerordentlich schwierig. Dennoch sollte im Rahmen der nationalen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit die Förderung einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung und der dazu notwendigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verstärkt werden. Erforderlich ist insbesondere eine Verbreiterung und Anhebung des Bildungsniveaus.
- ▶ Die mit der Urbanisierung verbundenen Gefahren für die Regierbarkeit der Städte bedürfen besonderer Aufmerksamkeit. Hier bestehen erhebliche Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung und politische Stabilität der betroffenen Länder bzw. Regionen. Die bi- und multilaterale Hilfe für diese Länder, insbesondere bei der Bewältigung stadtplanerischer Aufgaben, sollte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ausgeweitet werden.
- ▶ Die Zunahme innerstaatlicher und grenzüberschreitender Fluchtbewegungen erfordert eine Stärkung und Weiterentwicklung des schon heute stark strapazierten internationalen Flüchtlingsschutzsystems. Durch die weitere Zunahme von »gemischten Wanderungen« und von Binnenflüchtlingen wird es unter zusätzlichen Druck geraten. Zudem müssten die von internen und externen Fluchtbewegungen besonders betroffenen Staaten stärker unterstützt werden, um Destabilisierungen vorzubeugen und den Schutz von (Binnen-) Flüchtlingen zu gewährleisten.
- ▶ Grundsätzlich müssen die zwischenstaatlichen und internationalen Bemühungen um eine Steuerung der Migration und eine Förderung von Mobilität ausgeweitet werden. Die Industriestaaten mit einer schnell alternden und schrumpfenden Bevölkerung (zu denen auch Deutschland gehört) haben ein besonderes Interesse an umfassenden und kohärenten bi- und multilateralen Migrationsprogrammen, mit denen Wanderungsbewegungen so gesteuert werden können, dass sie den Interessen der Herkunftsländer, der Aufnahmeländer und nicht zuletzt der Migrantinnen selbst entsprechen.

## Die demographische Dreiteilung und ihre Triebkräfte

Die Vereinten Nationen prognostizieren für die nächsten Jahrzehnte einen starken Anstieg der Weltbevölkerung. In ihren mittleren Prognoseszenarien schätzen sie, dass die Weltbevölkerung bis 2050 um ein Drittel wachsen wird, von derzeit 6,9 auf 9,1 Milliarden Menschen.<sup>1</sup> Dieser Zuwachs wird – wie schon im vergangenen Jahrhundert – fast ausschließlich auf Bevölkerungsgewinnen in den weniger entwickelten Ländern beruhen. Deren Bevölkerung wird von 5,7 Milliarden auf 7,9 Milliarden Menschen im Jahr 2050 zunehmen. Den stärksten relativen Anstieg werden die am wenigsten entwickelten Länder verzeichnen; ihre Bevölkerung wird sich von 855 Millionen Menschen auf 1,7 Milliarden Menschen verdoppeln. Die Bevölkerung der Industriestaaten wird unterdessen auf einem Niveau von knapp 1,2 Milliarden Menschen verharren – allerdings nur dann, wenn die in den UN-Prognosen unterstellte Zuwanderung aus anderen Weltgebieten auch stattfindet. Ohne diese Wanderungsgewinne würde ein deutliches Schrumpfen der Bevölkerung drohen.

Global betrachtet zeichnet sich eine demographische Dreiteilung der Welt ab, in eine »erste Welt« mit alternden Industriestaaten und hohem Zuwanderungsbedarf, eine »zweite Welt« mit wirtschaftlich dynamischen Staaten, die durch eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur und eine ausgeglichene Wanderungsbilanz gekennzeichnet sind, sowie eine »dritte Welt« aus Entwicklungsstaaten mit hohem Bevölkerungswachstum, junger Bevölkerung, rapider Urbanisierung und starkem Abwanderungsdruck.<sup>2</sup>

Zur »ersten Welt« gehören die Industriestaaten in Europa, Nordamerika und im Asien- und Pazifikraum. In den meisten von ihnen wird die Bevölkerung infolge der anhaltend niedrigen Geburtenraten<sup>3</sup> bis zum

Jahr 2050 abnehmen. Am stärksten werden die europäischen Staaten betroffen sein; hier wird die Bevölkerung voraussichtlich von derzeit 733 Millionen bis zum Jahr 2050 auf 691 Millionen Menschen schrumpfen.

Diesem Bevölkerungsschwund wird eine umfassende Alterung vorausgehen. Als Maßstab dafür gilt das Medianalter, eine demographische Kennziffer, anhand derer die Bevölkerung in eine jüngere und ältere Hälfte eingeteilt wird. Derzeit beträgt das Medianalter weltweit 29 Jahre; bis zum Jahr 2050 wird es auf 39 Jahre steigen. In Europa ist die Bevölkerungsalterung am weitesten fortgeschritten: 23 der 25 Länder oder Regionen mit der weltweit ältesten Bevölkerung liegen auf dem – im doppelten Sinne – »alten« Kontinent. Hier wird das Medianalter bis zum Jahr 2050 von 40 auf 47 Jahre steigen.

Zur »zweiten Welt« zählt eine Reihe von Entwicklungs- und Schwellenländern in Lateinamerika, Südasien und im Nahen Osten, die sich im Übergang von hohen Geburten- und Sterberaten zu demographischen Mustern ähnlich der westlichen Industriestaaten befinden.<sup>4</sup> Diese Länder verfügen über eine junge Bevölkerung und können volkswirtschaftlich von einem großen Anteil an Menschen im erwerbsfähigen Alter profitieren. Gleichwohl werden auch diese Länder in den nächsten Jahrzehnten altern. Der Anteil an Über-60-Jährigen wird wachsen, beispielsweise in Brasilien, Chile, China, Iran, Mexiko und Tunesien von derzeit etwa 10 Prozent auf 30 Prozent im Jahr 2050. Alle Länder der »zweiten« Welt verzeichnen zudem eine anhaltend fortschreitende Verstädterung.

Als »dritte Welt« können die weniger und am wenigsten entwickelten Länder mit sehr jungen und schnell wachsenden Bevölkerungen bezeichnet

den. Diese Rate gibt an, wie viele Kinder eine Frau durchschnittlich im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn die altersspezifische Geburtenrate über ihre gesamte fruchtbare Lebenszeit (meist als das Alter von 15 bis 49 Jahre angenommen) konstant bliebe.

<sup>4</sup> Hierzu gehören Argentinien, Brasilien, Chile, China, Costa Rica, Indonesien, Indien, Iran, Israel, Libanon, Mexiko, Kolumbien, Kuwait, Sri Lanka, Thailand, Tunesien, Türkei und Vietnam.

<sup>1</sup> In dieser Studie werden – falls nicht anders angegeben – Daten der mittleren Variante der von der UN-Bevölkerungsabteilung erstellten langfristigen Bevölkerungsprognose verwendet: United Nations (UN), *World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database*, New York 2009.

<sup>2</sup> Jack A. Goldstone, »The New Population Bomb – The Four Megatrends That Will Change the World«, in: *Foreign Affairs*, 89 (Januar/Februar 2010), S. 31–43.

<sup>3</sup> Im Folgenden wird unter Geburtenrate (vereinfachend) die Gesamtfruchtbarkeitsrate (Total Fertility Rate, TFR) verstan-

Abbildung 1  
Die demographische Dreiteilung der Welt



**Anmerkung:** Zwei Kriterien entscheiden über die Zuordnung der Länder zu den jeweiligen Welten: die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau im Jahr 2010 und die Länderklassifikation der Weltbank, die sich auf das Pro-Kopf-Einkommen stützt. In Ländern der »ersten« Welt liegt die durchschnittliche Kinderzahl unter 0,9 und das Pro-Kopf-Einkommen bei über 12 196 US-Dollar. In Ländern der »zweiten« Welt beträgt die durchschnittliche

Kinderzahl zwischen 0,9 und 1,7. Beim Pro-Kopf-Einkommen wurden die beiden Kategorien »lower middle income economies« (996 bis 3945 US-Dollar) und »upper middle income economies« (3946 bis 12 195 US-Dollar) zusammengefasst. In Ländern der »dritten« Welt bezieht sich die durchschnittliche Kinderzahl auf über 1,7 und das Pro-Kopf-Einkommen auf unter 995 US-Dollar.

werden. Aktuell beträgt der Anteil der Unter-15-Jährigen in den 15 jüngsten Ländern der Erde<sup>5</sup> mehr als 45 Prozent, das Medianalter liegt bei 15 bis 17 Jahren. Auch die Bevölkerungen dieser Länder werden altern, aufgrund des demographischen »Echo-Effekts« wird das starke Bevölkerungswachstum indes noch einige Zeit anhalten. Junge Bevölkerungen mit einer großen Anzahl von Frauen im gebärfähigen Alter weisen selbst dann noch ein hohes Reproduktionspotential auf, wenn die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau bereits abgenommen hat. Dieser Effekt (auch als »demographic momentum« bezeichnet) schwächt

die Auswirkungen des Absinkens der Geburtenrate ab, und in den betreffenden Ländern findet weiterhin ein starkes Bevölkerungswachstum statt. So wird sich beispielsweise die Größe der Bevölkerungen von Afghanistan, Burkina Faso, Niger, der Demokratischen Republik Kongo, Sambia, Somalia, Tansania, Tschad, Osttimor und Uganda bis 2050 verdoppeln oder gar verdreifachen und das Medianalter wird in all diesen Ländern von derzeit etwa 17 Jahren bis zum Jahr 2050 auf 25 Jahre ansteigen.

Drei Faktoren bestimmen maßgeblich die demographische Dreiteilung der Welt: die Geburtenentwicklung, die Lebenserwartung und das Wandlungsgeschehen. Diese Triebkräfte des demographischen Wandels unterscheiden sich in den Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern immer noch

<sup>5</sup> Uganda, Niger, Mali, Guinea-Bissau, Demokratische Republik Kongo, Malawi, Afghanistan, Liberia, Angola, Burkina Faso, Tschad, Palästina, Jemen, Sambia und Burundi.



erheblich – entgegen der auch den UN-Bevölkerungsprognosen zugrundeliegenden Annahme, dass die Geburten- und Sterberaten in den verschiedenen Weltregionen allmählich konvergieren.

## Geburtenrate

In den Industriestaaten ist die Zahl der Kinder, die jede Frau durchschnittlich zur Welt bringt, seit Anfang der 1970er Jahre von 2,1 auf gegenwärtig 1,6 gesunken. Die Ursachen liegen im Wandel der Lebens- und Familienformen, in Veränderungen der Frauenrolle sowie in gesellschaftlichen Trends wie der Säkularisierung, Individualisierung und Modernisierung.<sup>6</sup> Im Ergebnis weisen heute 45 Industriestaaten eine durchschnittliche Kinderzahl unter dem sogenannten Bestanderhaltungsniveau von 2,1 Kindern auf – dem Niveau, das langfristig gehalten werden müsste, um die Elterngeneration in vollem Umfang zu ersetzen. Darunter fallen Länder mit einer *relativ* niedrigen Geburtenrate zwischen 1,6 und 1,9 Geburten pro Frau<sup>7</sup> und Länder mit einer *sehr* niedrigen Geburtenrate von 1,5 Geburten und weniger.<sup>8</sup> Dieser Abwärtstrend wirft die Frage auf, ob sich die modernen Industrienationen in einer »Fertilitätsfalle« (*low fertility trap*) befinden. Angesichts konstant niedriger Geburtenraten und dem daraufhin absolut immer kleiner werdenden Reproduktionspotential könnte ein kontinuierliches Absinken der Geburtenzahlen die Folge sein.<sup>9</sup>

In den Entwicklungs- und Schwellenländern ist die durchschnittliche Kinderzahl seit 1970 ebenfalls stark gesunken. Trotz des mittleren Rückgangs von 5,4 auf 2,8 Kinder pro Frau ist sie aber immer noch relativ hoch. Auch diese Abnahme kann auf mehrere Fakto-

ren zurückgeführt werden, deren genauer Einfluss jeweils schwer zu bestimmen ist. Von besonderer Bedeutung sind zweifellos wirtschaftliche Entwicklung und wachsender Wohlstand. So zeigt das Beispiel der Schwellenländer Südamerikas und Ostasiens, dass die Geburtenzahlen vor allem dort sinken, wo der Kinderreichtum nicht mehr unmittelbar mit ökonomischen Vorteilen und familiärer Versorgung verbunden ist, etwa weil staatliche oder private Renten- und Versicherungssysteme die Bedeutung von Kindern für die wirtschaftliche Absicherung im Alter relativieren. Einen ähnlich großen Einfluss haben der Zugang zu Mitteln der Empfängnisverhütung und der Bildungsstand der Frauen. Die UN-Bevölkerungsabteilung weist immer wieder darauf hin, dass die Geburtenraten von Frauen, die eine sekundäre Schulbildung genossen haben, deutlich niedriger sind als die von Frauen ohne diese Schulbildung. Ein weiterer wichtiger Faktor für das Sinken der Kinderzahl ist eine verbesserte Gesundheitsvorsorge für Kinder und die in deren Folge rückläufige Kindersterblichkeit.

Als Folge dieser Veränderungen nimmt auch die Zahl der Entwicklungs- und der Schwellenländer zu, deren Geburtenrate das Bestanderhaltungsniveau unterschreitet. Einen besonders starken Rückgang der Geburtenraten haben in den vergangenen Jahrzehnten Ägypten, China, Iran und Thailand verzeichnet. Dennoch wird in diesen Ländern die Bevölkerung aufgrund des oben angesprochenen Echo-Effekts selbst bei sinkenden Geburtenraten weiter wachsen.

In 122 Entwicklungs- bzw. Schwellenländern liegt die Geburtenrate hingegen immer noch über dem Bestanderhaltungsniveau. 27 dieser Länder weisen dabei eine durchschnittliche Geburtenrate von über 5 Kindern pro Frau auf, 25 von ihnen gehören zu den am wenigsten entwickelten Ländern. In Niger, Guinea-Bissau und Afghanistan bringt jede Frau durchschnittlich sogar über 7 Kinder zur Welt; in Burundi, Liberia, der Demokratischen Republik Kongo, Osttimor, Mali, Sierra Leone und Uganda sind es über 6 Kinder.

Im Hinblick auf die hohen Geburtenraten in vielen Staaten der »dritten« Welt zeigen Umfragen, dass Frauen oft einen großen und nicht gedeckten Bedarf an Maßnahmen der Familienplanung haben. Nach Angaben des Bixby Center for Population in Berkeley kommt es derzeit weltweit zu mehr als 80 Millionen unbeabsichtigten Schwangerschaften pro Jahr. Das Institut schätzt, dass 200 Millionen Frauen ihre nächste Schwangerschaft gerne aufschieben oder verhindern würden und dass 100 Millionen Frauen keinen Zugang zu Verhütungsmitteln haben. Nach Prognosen

<sup>6</sup> Grundlegend dazu: Ron Lesthaeghe/Johan Surkyn, »Cultural Dynamics and Economic Theories of Fertility Change«, in: *Population and Development Review*, 14 (1988) 1, S. 1–45.

<sup>7</sup> Zu diesen Ländern gehören unter anderem Australien, Belgien, China, Dänemark, Finnland, Niederlande, Norwegen, Schweden und das Vereinigte Königreich. Frankreich hingegen weist gegenwärtig eine Geburtenrate von 2,0 auf.

<sup>8</sup> Hierzu zählen unter anderem Bulgarien, Deutschland, Griechenland, Italien, Japan, Kroatien, Österreich, Polen, Rumänien, Spanien, Ungarn sowie alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Vgl. European Commission, *Europe's Demographic Future: Facts and Figures on Challenges and Opportunities*, Brüssel 2007.

<sup>9</sup> Wolfgang Lutz/Vegard Skirbekk, »Low Fertility in Europe in a Global Demographic Context«, in: Joerg Chet Tremmel (Hg.), *Demographic Change and Intergenerational Justice – The Implementation of Long-Term Thinking in the Political Decision Making Process*, Berlin/Heidelberg 2008, S. 3–19.

wird die Zahl jener Paare in Entwicklungsländern, die Verhütungsmittel brauchen, von 525 Millionen im Jahr 2005 auf 742 Millionen im Jahr 2015 steigen.<sup>10</sup> In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die finanziellen Beiträge der westlichen Industrieländer zur Förderung der Familienplanung in den vergangenen 15 Jahren nicht zu-, sondern abgenommen haben. Im Jahr 2007 stellten die Industriestaaten (inflationbereinigt) weniger als ein Viertel der Beträge zu Verfügung, die 1994 bei der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz vereinbart worden waren.

Exemplarisch für die globale demographische Ungleichheit sind die Unterschiede bei den Geburtenraten in der Mittelmeerregion. Während sie in Bosnien-Herzegowina, Portugal, Italien, Spanien und Malta mit gegenwärtig etwa 1,3 Kindern pro Frau unter dem Bestanderniveau liegen, verzeichnen Algerien, Marokko, Libyen und Ägypten trotz des Rückgangs der letzten Jahrzehnte immer noch Geburtenraten zwischen 2,3 und 3,0 Kindern pro Frau.<sup>11</sup>

## Lebenserwartung

Die Lebenserwartung steigt seit langem, ein Endpunkt dieser Entwicklung ist nicht in Sicht. So ergab eine Langzeitbetrachtung der Rekordlebenserwartung – einer demographischen Kennziffer, mit Hilfe derer die längsten länderspezifischen Lebensspannen pro Jahr verglichen werden –, dass die Lebenserwartung in den vergangenen 150 Jahren stetig um drei Monate pro Jahr zugenommen hat.<sup>12</sup>

Heutige Zugewinne in der durchschnittlichen Lebenserwartung der Bevölkerung westlicher Staaten sind vorwiegend auf eine verringerte Sterblichkeit im höheren Alter zurückzuführen. In den Entwicklungs- und Schwellenländern beruht der Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung vor allem auf dem Absinken der Säuglings- und Kindersterblichkeit.<sup>13</sup> Diese

<sup>10</sup> Vgl. *Philosophical Transactions B*, (Oktober 2009) 364, S. 2977f.

<sup>11</sup> Im Jahr 2050 werden in Algerien 50,4 Millionen Menschen leben (2010: 36,0 Millionen), in Ägypten 137,7 Millionen (2010: 80,4 Millionen), in Libyen 9,8 Millionen (2010: 6,5 Millionen) und in Marokko 41,2 Millionen (2010: 31,9 Millionen).

<sup>12</sup> Vgl. Jim Oeppen/James W. Vaupel, »Broken Limits to Life Expectancy«, in: *Science*, 296 (Mai 2002) 5570, S. 1029–1031.

<sup>13</sup> Vgl. David E. Bloom/David Canning, *Global Demographic Change: Dimensions and Economic Significance*, Cambridge, Mass.: National Bureau of Economic Research (NBER), 2004 (NBER Working Papers 10817).

Art von Zugewinnen wurde in den Industrieländern schon vor Mitte des 20. Jahrhunderts realisiert, als aufgrund einer verbesserten medizinischen und infrastrukturellen Versorgung die Mortalität im jungen Alter gemindert werden konnte.

Auch wenn die Lebenserwartung weltweit ansteigt, kann von einer globalen Konvergenz keine Rede sein. Dafür divergieren die länderspezifischen Ausgangswerte und Zuwachsraten zu sehr. Dabei lassen sich – zum Teil entsprechend der beschriebenen demographischen Dreiteilung der Welt – drei Gruppen von Ländern unterscheiden, deren Entwicklung ähnlich verläuft: Zur ersten Gruppe gehören Länder wie Dänemark, Japan, Frankreich und Polen, in denen die Lebenserwartung auf hohem Niveau stagniert; zur zweiten Gruppe zählen Länder mit rapide ansteigender Lebenserwartung, wie Ägypten, Algerien, Chile, Libyen, Mali, Marokko, Mexiko, Tunesien, Indien und Senegal; und die dritte Gruppe umfasst Länder mit sinkender Lebenserwartung, darunter Botswana, Irak, Kenia, Liberia, Nordkorea, Ruanda, Russland, Simbabwe und Südafrika.

Der Rückgang der Lebenserwartung in der letztgenannten Gruppe ergibt sich vor allem aus höheren Sterberaten im Bevölkerungssegment der Erwerbsfähigen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren. Die Entwicklung der Sterberate wird in erster Linie durch Verhaltensweisen, psychische und kulturelle Faktoren sowie das gesellschaftlich-politische Umfeld beeinflusst. In diesem Zusammenhang ist Russland ein bemerkenswertes Beispiel dafür, wie stark politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen den allgemeinen Gesundheitsstand verschlechtern und die durchschnittliche Lebenserwartung in einem Land mindern können. In Ost- und Zentralafrika ist die Lebenserwartung vor allem als Folge der zunehmenden Verbreitung von Aids gesunken.

Geringfügige Zugewinne an Lebenserwartung sind in den westlichen Industrienationen auch in Zukunft zu erwarten. Dagegen scheint eine Vielzahl weniger entwickelter Länder in einer sogenannten Sterblichkeitsfalle (*mortality trap*) gefangen, die einen nachhaltigen Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung verhindert.<sup>14</sup> Maßgebliche Faktoren sind der für viele eingeschränkte Zugang zur Gesundheitsversorgung, das Grassieren von Infektionskrankheiten wie

<sup>14</sup> Vgl. David E. Bloom/David Canning, »Mortality Traps and the Dynamics of Health Transitions«, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America*, 104 (Oktober 2007) 41, S. 16044–16049.

### Prognosesicherheit

Bevölkerungsprognosen sind nichts anderes als Szenarien, also mögliche Zukunftsbilder, die aufzeigen, wie sich Zahl und Struktur der Bevölkerung unter bestimmten Annahmen entwickeln könnten. Da die Entwicklung der drei Basisgrößen – Geburten, Lebenserwartung und Wanderungsbewegungen – zum Teil nur schwer vorherzusagen ist, haben langfristige Vorausberechnungen eher Modellcharakter.

Prognosen der Bevölkerungsentwicklung hängen stark von der angenommenen Geburtenrate ab. Das wird deutlich, wenn man die unterschiedlichen Varianten der UN-Bevölkerungsprognose betrachtet: Würde die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau rechnerisch um ein halbes Kind größer sein, bezifferte sich die Weltbevölkerung im Jahr 2050 auf 10,6 Milliarden Menschen, läge sie um ein halbes Kind darunter, nur auf 7,6 Milliarden – eine Differenz von fast 40 Prozent. Voraussagen über die künftige Entwicklung der Weltbevölkerung sind folglich mit erheblichen Unsicherheiten behaftet.

Der mittleren UN-Prognosevariante – die als die wahrscheinlichste betrachtet wird – liegt zudem die Annahme zugrunde, dass die Fertilität in allen Ländern der Welt langfristig einen Wert von 1,85 Kindern pro Frau haben wird. Diese Annahme wiederum beruht auf einer Fortschreibung der Geburtenentwicklung der vergangenen Jahrzehnte. Zwar werden die prognostizierten Geburtenraten laufend korrigiert, indem man sie mit den aktuellen Zahlen vergleicht und gegebenenfalls anpasst. Die Erfahrung zeigt aber, dass Geburtenzahlen von

vielerlei Faktoren abhängen und beispielsweise bei wirtschaftlichen oder politischen Krisen schnell und massiv einbrechen können. Spekulativ ist insofern auch die den aktuellen Bevölkerungsprognosen zugrundeliegende Annahme, dass sich die niedrigen Geburtenraten in den EU-Staaten langfristig wieder auf höherem Niveau stabilisieren werden. Hierfür gibt es weder theoretisch noch empirisch zwingende Gründe. So ist es durchaus möglich, dass die Geburtenraten weiter zurückgehen werden (*fertility trap*).

Im Vergleich zur Geburtenentwicklung ist die Entwicklung der Lebenserwartung verlässlicher zu prognostizieren, aber auch hierfür gelten die Anmerkungen zur generellen Unsicherheit von Prognosen. Die Erfahrung lehrt, dass abrupte Veränderungen der Lebenserwartung nicht ausgeschlossen sind und dass die Sterblichkeit – und damit Größe und Wachstum einer Bevölkerung – durch Kriege, Katastrophen oder Epidemien stark und nachhaltig erhöht werden kann.

Bei Bevölkerungsprognosen ist schließlich zu berücksichtigen, dass sich die Entwicklung des Wanderungsgeschehens einer Region oder eines Landes kaum längerfristig prognostizieren lässt, weil sie in besonderer Weise dem Einfluss politischer Entscheidungen unterliegt – wie der Öffnung oder Schließung von Grenzen für Zuwanderer. Die Migration wird deshalb auch künftig der demographische Einflussfaktor mit der höchsten Unsicherheit bleiben.

Aids und Tuberkulose, anhaltend hohe Verluste durch Gewaltakte, Konflikte und Kriege sowie zunehmende Gesundheitsschäden in Folge von Umweltbelastungen. Der Einfluss dieser Faktoren wird durch den seit 1980 in 42 Ländern dokumentierten Rückgang der Lebenserwartung belegt.<sup>15</sup>

<sup>15</sup> Vgl. Anthony J. McMichael/Martin McKee/Vladimir Shkolnikov/Tapani Valkonen, »Mortality Trends and Setbacks: Global Convergence or Divergence?«, in: *The Lancet*, 363 (April 2004), S. 1155–1159, <[www.bvsde.paho.org/bvsacd/cd46/trends.pdf](http://www.bvsde.paho.org/bvsacd/cd46/trends.pdf)>.

### Wanderungsbewegungen

Der Umfang und die Trends des internationalen Wanderungsgeschehens lassen sich angesichts der vielfältigen Wanderungsformen und der allgemein schlechten Datenlage nur grob abschätzen. Die internationalen Statistiken bieten eine ungefähre Orientierung über den Umfang und die regionale Verteilung der Wanderungen. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen gibt es gegenwärtig weltweit etwa 191 Millionen internationale Migrantinnen, also Menschen, die befristet oder dauerhaft (nach UN-Definition: länger als ein Jahr) in anderen Ländern leben. Dies entspricht einem Anteil von etwa 3 Prozent der Weltbevölkerung – ein Wert, der in den vergangenen

vierzig Jahren nahezu konstant geblieben ist. Gleichwohl hat aufgrund des globalen Bevölkerungswachstums die absolute Zahl der internationalen Migranten in diesem Zeitraum deutlich zugenommen.<sup>16</sup>

Gegenwärtig kommen weltweit alljährlich etwa 12 Millionen neue Migranten und Flüchtlinge hinzu, von denen 7 bis 8 Millionen in die entwickelten Industriestaaten zuwandern, ein Drittel davon allein in die USA. Insgesamt verzeichnen die wirtschaftlich entwickelten Regionen schon seit langem eine erhebliche Zuwanderung aus den anderen Weltgebieten. Das Volumen dieser Bewegungen hat sich beständig ausgeweitet. 1990 lebten in den entwickelten Staaten 82 Millionen Migranten, 2005 bereits 115 Millionen.

Allerdings verbuchen auch die ärmeren Länder steigende Zuwanderungen. 2005 lebten 75 Millionen internationale Migranten in Entwicklungsländern, 53 Millionen davon in Asien, 17 Millionen in Afrika und knapp 7 Millionen in Lateinamerika und der Karibik. Ein großer Teil der internationalen Wanderer verbleibt demnach in den Herkunftscontinente und nur ein geringer Teil gelangt in die Industrieländer. Dies gilt sowohl für Flüchtlinge<sup>17</sup> wie für Arbeitsmigranten.<sup>18</sup>

Zu den besonders wirksamen Sog- und Triebfaktoren, die Wanderungsbewegungen auslösen können, zählen neben Kriegen und gewaltförmigen Konflikten vor allem das wirtschaftliche Gefälle zwischen den Aufnahme- und den Herkunftsgebieten. Allerdings lehrt die Erfahrung, dass selbst große wirtschaftliche Divergenzen nur dann Wanderungen auslösen, wenn die potentiellen Auswanderer über das für die Migration notwendige Kapital und die erforderlichen Netzwerke verfügen und wenn die Aus- und Einwanderung von den beteiligten Staaten nicht verhindert wird. Eine gewisse Durchlässigkeit der Grenzen ist notwendig, und letztlich spielt auch die politische Gestaltung der Aus- und Einwanderung eine entscheidende Rolle.

**16** Vgl. zu diesen und den folgenden Migrationsdaten: UN, *International Migration Report 2006: A Global Assessment*, New York 2009, S. 365.

**17** Vgl. United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR), *Global Trends: Refugees, Asylum-seekers, Returnees, Internally Displaced and Stateless Persons*, Genf 2010.

**18** Vgl. International Organization for Migration (IOM), *World Migration 2008. Managing Labor Mobility in the Evolving Global Economy*, Genf 2008.

## Sicherheitspolitische Herausforderungen

Die Diskussion über den Zusammenhang von Demographie und Sicherheit ist nicht neu. Schon in der Antike wurden Aufstieg und Fall von Mächten auf demographische Veränderungen zurückgeführt.<sup>19</sup> Insbesondere der Zusammenhang zwischen Bevölkerungsgröße und Macht ist ein klassisches Thema der internationalen Beziehungen.<sup>20</sup> Die Debatte ist mittlerweile jedoch differenzierter geworden: Die kausale Verbindung einfacher Makroindikatoren ist heute der Analyse von Wirkungszusammenhängen gewichen, in denen neben der Größe auch die Struktur der Bevölkerung eine Rolle spielt.

So ist beispielsweise unstrittig, dass Alterung und Schrumpfung nicht zwangsläufig die Konkurrenzfähigkeit der westlichen Industriestaaten mindern müssen. Vielmehr gilt, dass wirtschaftsstrukturelle und institutionelle Gegebenheiten sowie die Zusammensetzung der Bevölkerung Einfluss darauf haben, wie sich der demographische Wandel auf die wirtschaftliche und politische Machtstellung der Länder auswirken wird.

Im sicherheitspolitischen Kontext stellen sich im Hinblick auf die demographische Dreiteilung der Welt folgende Fragen: Welche Konsequenzen hat der demographische Wandel für die wirtschaftliche Macht und den politischen Einfluss von Staaten? Wie wirkt sich die Bevölkerungsentwicklung auf die Konflikanfälligkeit, -bereitschaft und -fähigkeit einer Gesellschaft aus? Welche Risiken für die öffentliche Gesundheit, insbesondere im Zuge von Epidemien und Pandemien, ergeben sich in den verschiedenen Weltregionen? Welcher Zusammenhang besteht zwischen demographischen Veränderungen und dem Klimawandel? Welche Sicherheitsrisiken können in der demographischen »ersten«, »zweiten« und »dritten« Welt mit Urbanisierung, Migration und Fluchtbewegungen verbunden sein?

<sup>19</sup> So bereits bei Thukydides, dem Begründer der politischen Historiographie, in seinem Klassiker: *Der Peloponnesische Krieg*, Stuttgart: Reclam, 2000.

<sup>20</sup> Vgl. Paul M. Kennedy, *Aufstieg und Fall der großen Mächte: Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt a.M.: Fischer-Taschenbuch-Verlag, 2000.

## Bevölkerung und wirtschaftliche Macht

Der demographische Wandel hat insofern erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung, als er das Arbeitskräfteangebot und das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Nichterwerbstätigen beeinflusst. In früheren Analysen nationaler Macht wurde vor allem die Bevölkerungsgröße eines Staates als Maßstab herangezogen. Inzwischen werden aber für die Bestimmung von Machtverhältnissen relative Veränderungen der Bevölkerungsstruktur von Staaten in den Blick genommen und weniger die absolute Bevölkerungsgröße. Vor allem Veränderungen in der »effektiven Bevölkerung«, <sup>21</sup> also beim Umfang und Bildungsniveau der Menschen im erwerbsfähigen Alter, werden große Bedeutung für die Leistungsfähigkeit, den Wohlstand und damit auch die internationale Machtposition von Staaten beigemessen.

Während sich bis 2050 die Wirtschaftsleistungen der USA, Chinas, Indiens und der EU annähern werden, dürften bei der Bevölkerungsentwicklung die asiatischen Staaten im Vorteil sein. Asien könnte »zum Zentrum der Weltpolitik [werden], wenn mehr als zwei Milliarden Menschen aus der Armut ausbrechen und aus dem technologischen Schatten des Westens treten.«<sup>22</sup> In diesem Szenario würden China und Indien in absehbarer Frist das internationale System in ähnlicher Weise dominieren, wie dies die USA im 20. Jahrhundert und Großbritannien im 19. Jahrhundert getan haben.

Tatsächlich zeigen aktuelle Analysen der OECD, wie stark sich in den vergangenen 20 Jahren die wirtschaftlichen Gewichte zwischen Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern verschoben haben. So betrug der Anteil der Nicht-OECD-Staaten an der Weltwirtschaft (gemessen in Kaufkraftparitäten) noch

<sup>21</sup> Abramo F. K. Organski/Bruce Bueno de Mesquita/Alan Lamborn, »The Effective Population in International Politics«, in: Richard L. Clinton/William S. Flash/R. Kenneth Godwin (Hg.), *Political Science in Population Studies*, Lexington 1972, S. 79–100.

<sup>22</sup> So beispielsweise Tadeusz Kugler/Jacek Kugler, »Political Demography«, in: Robert A. Denemark (Hg.), *The International Studies Encyclopedia*, Bd. 9, Chichester, West Sussex u.a.: Wiley-Blackwell, 2010, S. 5701.

im Jahr 2000 lediglich 40 Prozent. Derzeit ist ihr Anteil auf 49 Prozent gestiegen, und die OECD prognostiziert, dass er bis zum Jahr 2030 auf 57 Prozent anwachsen wird.<sup>23</sup> Die Zahl der Entwicklungs- und Schwellenländer mit starkem Wirtschaftswachstum hat sich seit den 1990er Jahren verfünffacht, die Zahl der armen Länder halbiert. Insbesondere Indien und China haben ein drei- bis viermal höheres Wachstum als die OECD-Staaten aufgewiesen, was zu einem erheblichen Teil durch die großen Arbeitskräftepotentiale dieser Länder ermöglicht wurde.<sup>24</sup>

Die Gruppe der Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren ist in den Schwellenländern bedeutend größer als in den alternden Industriestaaten, und dies wird aller Wahrscheinlichkeit nach eine Verschiebung des globalen Wohlstands in Richtung der »zweiten« Welt nach sich ziehen. Die Schwellenländer mit ausgeglichener Bevölkerungsentwicklung werden von ihrer sogenannten »demographischen Dividende« profitieren: Infolge des Geburtenrückgangs erhöht sich das Arbeitskräfteangebot und sinkt die Abhängigkeitsquote.<sup>25</sup> Das Wachstum der Erwerbsbevölkerung und der niedrige Preis für den Produktionsfaktor Arbeit werden sich ebenso positiv auswirken wie die steigende Sparquote und die relativ abnehmende Versorgungslast, die von der nichterwerbstätigen Bevölkerung im jungen und höheren Alter zu schultern ist.<sup>26</sup>

Im Rückblick zeigt sich, welche immense Folgen eine Veränderung des Arbeitskräfteangebotes haben kann, wenn sie mit politischen und wirtschaftlichen Reformen zusammenfällt. Die Öffnung der zuvor geschlossenen Volkswirtschaften Chinas, Indiens und Russlands hat einen »Angebotsschock« auf dem globalen Arbeitsmarkt ausgelöst. Im Zuge dessen gelang-

ten allein in den 1990er Jahren 1,5 Milliarden neue Arbeitskräfte in die offene Marktwirtschaft. Dies hat die Kosten für Waren und Dienstleistungen gesenkt und zum wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen.<sup>27</sup>

Gleichzeitig hat sich der Bildungsstand vieler Staaten der »zweiten« Welt, insbesondere der asiatischen Staaten, enorm verbessert. In China und Süd-asien wird die Bildungsexpansion in den nächsten Jahrzehnten wahrscheinlich schnell fortschreiten. Nach Schätzungen werden im Jahr 2030 73 Prozent der chinesischen Erwerbsbevölkerung über eine höhere oder tertiäre Schulbildung verfügen; in Süd-asien immerhin 40 Prozent. Zwar wird das durchschnittliche Bildungsniveau in Europa und den Vereinigten Staaten dann immer noch das höchste sein, die absoluten Zahlen illustrieren ungeachtet dessen die Bedeutung der demographischen Entwicklung für die chinesische Wirtschaft. Demnach wird sich jener Teil der chinesischen Erwerbsbevölkerung, der eine höhere bzw. tertiäre Ausbildung erhalten hat, im Jahr 2030 auf 750 Millionen Menschen summieren (2000: 390 Millionen), sich also fast verdoppeln. In Europa und den Vereinigten Staaten wird die Erwerbsbevölkerung mit vergleichbarem Bildungsstand im selben Zeitraum voraussichtlich nur von 430 Millionen auf 510 Millionen Menschen wachsen.<sup>28</sup>

Der demographische Wandel beeinflusst auch die Produktivität. Zuwächse bei der Produktivität wird es vor allem in der »zweiten« Welt geben. Eine Folge wird sein, dass neue kaufkräftige Mittelschichten insbesondere dort entstehen werden. Schon heute ist festzustellen, dass der transatlantische Handel, der den Welt-handel des vergangenen Jahrhunderts dominiert hat, gegenüber dem transpazifischen an Bedeutung verliert – ein Trend, der anhalten wird, falls die Produktivität in der momentan noch ungleich entwickelten »ersten« und »zweiten« Welt langfristig konvergiert.<sup>29</sup> Insbesondere politisch stabile und mit einer handlungsfähigen Regierung ausgestattete Schwellen-

<sup>23</sup> Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), *Perspectives on Global Development 2010: Shifting Wealth*, Paris 2010, S. 15f.

<sup>24</sup> International Monetary Fund (IMF), *World Economic Outlook. Rebalancing Growth*, Washington, D.C. 2010, S. 216.

<sup>25</sup> Die Abhängigkeitsquote beziffert das Verhältnis der wirtschaftlich abhängigen Altersgruppen zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Dabei wird zwischen dem Kinder- und Jugendquotienten (Verhältnis der Bevölkerung unter 15 bzw. 20 Jahren zur Erwerbsbevölkerung), dem Altenquotienten (Verhältnis der älteren Bevölkerung ab 65 Jahren zur erwerbsfähigen Bevölkerung) und dem zusammengefassten Gesamtquotienten differenziert.

<sup>26</sup> David E. Bloom/David Canning/Jaypee Sevilla, *The Demographic Dividend: A New Perspective on the Economic Consequences of Population Change*, Santa Monica, Cal.: Rand Corporation, 2003, S. 106.

<sup>27</sup> Vgl. OECD, *Perspectives on Global Development 2010: Shifting Wealth* [wie Fn. 23], S. 17.

<sup>28</sup> Wolfgang Lutz/Anne Goujon/Annababette Wils, »The Population Dynamics of Human Capital Accumulation«, in: Alexia Prskawetz/David E. Bloom/Wolfgang Lutz (Hg.), *Population Aging, Human Capital Accumulation, and Productivity Growth*, New York: Population Council, 2008 (A Supplement to Volume 34, 2008, of the *Population and Development Review*), S. 149–187.

<sup>29</sup> Weltbank, *Global Economic Prospects – Summer 2010 – Fiscal Headwinds and Recovery*, Washington, D.C. 2010, S. 8; James Wolfensohn, »The Four Circles of a Changing World«, in: *International Herald Tribune*, 4.7.2007.

länder könnten ein erhebliches Wachstum realisieren und verstetigen und damit neuen wirtschaftlichen und politischen Einfluss gewinnen.

Für die weltpolitische Position von Staaten der »ersten« Welt ist zudem wichtig, wie sich die starke Alterung auf ihre Wirtschaftskraft auswirken wird. Während inzwischen zahlreiche Studien zu den Auswirkungen von Alterung und Schrumpfung auf Arbeitsmärkte, Produktionsstruktur, Produktivität und Wertschöpfung vorliegen,<sup>30</sup> sind andere makroökonomische Aspekte bislang noch nicht umfassend erforscht. Dies gilt etwa für die Auswirkung der Alterung auf die Finanzen eines Staates, die auch dessen außen- und sicherheitspolitischen Handlungsspielraum mitbeeinflussen.<sup>31</sup> Anlass zu Sorge gibt vor allem der Befund, dass die Staatsverschuldung der westlichen Industriestaaten stark mit der demographischen Entwicklung korreliert.

So zeigen aktuelle Analysen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, dass in den vergangenen zwei Jahrzehnten mit jedem Prozentpunkt, um den die Gruppe der Über-65-Jährigen in den westlichen Industriegesellschaften zugenommen hat, die auf das Bruttoinlandsprodukt bezogene Staatsverschuldung um etwa 7 Prozentpunkte gewachsen ist.<sup>32</sup> Von 1990 bis 2010 nahm in den westlichen Industriestaaten die Zahl der Über-65-Jährigen um 3 Prozentpunkte zu, die Schuldenquote stieg jedoch um 40 Prozentpunkte. Die Forscher ziehen daraus den Schluss, dass die Alterung für etwa die Hälfte des Schuldenzuwachses ursächlich sei. Falls dies zuträfe, wäre zu erwarten, dass der wachsende Anteil der Über-65-Jährigen beispielsweise in Deutschland die Staatsverschuldung stark ansteigen ließe, was sich negativ auf die Finanzierung

und den Handlungsspielraum deutscher Außen- und Sicherheitspolitik auswirken würde.<sup>33</sup>

Die angesprochenen Zusammenhänge zwischen demographischen und makroökonomischen Entwicklungen sind noch nicht hinreichend untersucht. Dennoch lässt sich festhalten, dass wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen wie etwa die Entwicklung des Welthandels entscheidenden Einfluss darauf haben werden, ob sich die Unterschiede in Wachstum und Struktur der Bevölkerung, die in den nächsten Jahrzehnten zwischen Entwicklungs-, Schwellen- und Industriestaaten abzusehen sind, in dauerhafter ökonomischer Ungleichheit niederschlagen werden oder nicht.

## Bevölkerungsstruktur und Konflikt

Wenn man die Wechselwirkungen zwischen dem Entwicklungsstand von Gesellschaften, ihrer Altersstruktur und ihrer inneren Stabilität betrachtet, kann man feststellen, dass wirtschaftlicher Fortschritt und gesellschaftliche Modernisierung niedrigere Geburtenzahlen und eine höhere Lebenserwartung begünstigen.<sup>34</sup>

Für die Staaten der »ersten« Welt mit ihrer reifen Altersstruktur lässt sich empirisch nachweisen, dass sie politisch stabiler sind als Länder mit einem großen Anteil an Kindern und Jugendlichen.<sup>35</sup> Dies kann unter anderem damit erklärt werden, dass wirtschaftlich besser entwickelte Staaten ihrer Bevölkerung reichere Möglichkeiten bieten, individuelle Bedürfnisse zu befriedigen und Ziele zu realisieren. Darüber hinaus scheint ein Zusammenhang zwischen der demographischen Alterung und der Ausrichtung der Außenpolitik zu bestehen.<sup>36</sup> Auch wenn die Forschung hierzu noch in den Anfängen steckt, ist offensichtlich, dass alternde Gesellschaften eher zu

**30** Zum Beispiel: Axel Börsch-Supan, *Labor Market Effects of Population Aging*, Mannheim: Mannheim Research Institute for the Economics of Aging (MEA), 2002 (MEA Discussion Papers Nr. 11); Alexia Prskawetz u.a., *The Relationship between Demographic Change and Economic Growth in the EU*, Wien: Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2006; Vegard Skirbekk, »Age and Individual Productivity: A Literature Survey«, in: Gustav Feichtinger (Hg.), *Vienna Yearbook of Population Research 2004*, Wien 2004, S. 133–153.

**31** Vgl. grundlegend dazu: Prskawetz/Bloom/Lutz (Hg.), *Population Aging, Human Capital Accumulation, and Productivity Growth* [wie Fn. 28].

**32** Vgl. Stephen G. Cechetti/Madhusudan Mohanty/Fabrizio Zampolli, *The Future of Public Debt: Prospects and Implications*, Basel 2010.

**33** Der Anteil der Über-65-Jährigen an der deutschen Gesamtbevölkerung würde von 20,5 Prozent im Jahr 2010 auf 28,2 Prozent im Jahr 2030 und 32,5 Prozent im Jahr 2050 ansteigen.

**34** Zum Beispiel: Richard P. Cincotta/Robert Engelman/Daniele Anastasion, *The Security Demographic: Population and Civil Conflict after the Cold War*, Washington, D.C. 2003.

**35** Vgl. Elizabeth Leahy u.a., *The Shape of Things to Come – Why Age Structure Matters to a Safer, More Equitable World*, Washington, D.C.: Population Action International, 2007.

**36** Zum Beispiel: Richard Jackson/Neil Howe, *The Graying of the Great Powers – Demography and Geopolitics in the 21st Century*, Washington, D.C. 2008; Mark L. Haas, »A Geriatric Peace? The Future of U.S. Power in a World of Aging Populations«, in: *International Security*, 32 (Sommer 2007) 1, S. 112–147.

einer friedlichen Bewältigung von Krisen und Konflikten tendieren als demographisch jüngere Staaten. Die möglichen Ursachen sind vielfältig, beispielsweise eine stärker ausgeprägte Risikoaversion, eine größere Sensibilität für Tod und Verwundung, eine wachsende Dominanz von Wohlfahrtsthemen im politischen Diskurs oder eine Umverteilung von Mitteln des Staatshaushalts zulasten außenpolitischer Engagements.<sup>37</sup>

Gemessen an der Häufigkeit und Intensität von bewaffneten Auseinandersetzungen sind die Staaten der »zweiten« und der »dritten« Welt konfliktanfälliger. Insofern kann ein Zusammenhang zwischen dem relativen Anteil der männlichen Jugendbevölkerung, der Häufigkeit von innerstaatlichen Unruhen und Bürgerkriegen<sup>38</sup> und der Anzahl der Todesopfer in Konflikten nachgewiesen werden.<sup>39</sup> Aus diesem Grunde gilt die Existenz sogenannter »youth bulges«, meist definiert als ein überproportional großer Bevölkerungsanteil von 15- bis 24-Jährigen, als Indikator für ein erhöhtes Konfliktpotential.<sup>40</sup> Viele Länder im Nahen Osten, in Südostasien und in Zentral- und Nordafrika weisen – bedingt durch eine rückläufige Sterblichkeit und anhaltend hohe Geburtenraten oder durch eine weite Verbreitung von Aids – eine Altersstruktur mit sehr junger Bevölkerung und einen überproportional großen Anteil Jugendlicher auf. So beträgt der Bevölkerungsanteil der 15- bis 24-Jährigen in Ägypten, Algerien, Indonesien, Iran, Irak, Jemen, Jordanien, Marokko und Pakistan im Jahr 2010 zwischen 18 und 22 Prozent. Mit jeder weiteren Generation wird der »youth bulge« zwar schrumpfen, jedoch wird dieser Rückgang in einigen Ländern langsam vonstattengehen. In Irak, Jemen und Pakistan beispielsweise wird sich der Anteil der Jugendbevölkerung im Jahr 2030 immer noch auf 18 bis 20 Prozent belaufen.

Viele Länder der »dritten« Welt können die Integration, Beschäftigung und Versorgung ihrer großen Jugendbevölkerung nicht gewährleisten. Vor allem in

Nordafrika und im Nahen Osten ist die Arbeitslosigkeit unter jungen Erwachsenen hoch. In der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen betrug sie im Jahr 2004 in Marokko 17 Prozent, in Iran und Jemen jeweils 19 Prozent, in Ägypten 28 Prozent, in Jordanien 30 Prozent und in Algerien 53 Prozent.<sup>41</sup> In vielen Staaten besteht die Gefahr, dass wirtschaftliche Stagnation und Unterbeschäftigung, vor allem wenn sie im Anschluss an eine Bildungsexpansion auftreten, Jugendliche für radikale Ideen empfänglicher machen und somit indirekt die Entstehung rebellischer und gewalttätiger Strömungen begünstigen. Ob ein Jugendüberhang aber tatsächlich gewalthaltige Konflikte mit sich bringt, hängt letztlich von den jeweiligen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab. So können insbesondere Kämpfe um Ressourcen (z.B. Diamanten in Westafrika, Holz in Kambodscha, Kokain in Kolumbien) und schwache staatliche Strukturen das Aufkommen von Rebellenorganisationen begünstigen. Und wenn eine große Anzahl Jugendlicher keinen Zugang zu Arbeitsmarkt und Bildung findet, lassen sich aus ihren Reihen leicht potentielle Kämpfer rekrutieren.<sup>42</sup>

Wenn in einem Staat mit großem Jugendüberhang die Mittel fehlen, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, kann dies Bemühungen um eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zunichtemachen. Allerdings zeigen die Erfahrungen von Ländern der »zweiten« Welt auch, dass eine große Jugendbevölkerung nicht automatisch zu Konflikten führen muss. Sie kann auch zum Motor von gesellschaftlichem Fortschritt und Innovation werden, wenn rechtzeitig in Bildung und Beschäftigung investiert wird. In diesem Zusammenhang ist an die Tigerstaaten Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur zu erinnern, die sich in den 1980er Jahren unter anderem dank einer »demographischen Dividende« und eines verbesserten Bildungsstandes der Erwerbsbevölkerung sehr schnell zu Industriestaaten entwickelt haben.<sup>43</sup>

Neben der Altersstruktur kann auch das Verhältnis zwischen den absoluten Zahlen an Männern und

<sup>37</sup> Vgl. David H. Clark, »Trading Butter for Guns: Domestic Imperatives for Foreign Policy Substitution«, in: *The Journal of Conflict Resolution*, 45 (2001) 5, S. 636–660.

<sup>38</sup> Zum Beispiel: Henrik Urdal, »A Clash of Generations? Youth Bulges and Political Violence«, in: *International Studies Quarterly*, 50 (September 2006) 3, S. 607–629.

<sup>39</sup> Vgl. Christian G. Mesquida/Neil I. Wiener, »Male Age Composition and Severity of Conflicts«, in: *Politics and the Life Sciences*, 18 (September 1999) 2, S. 181–189.

<sup>40</sup> Vgl. Uwe Wagschal/Thomas Metz/Nicolas Schank, »Ein demographischer Frieden? Der Einfluss von Bevölkerungsfaktoren auf inner- und zwischenstaatliche Konflikte«, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 18 (2008) 3, S. 353–383.

<sup>41</sup> Nader Kabbani/Ekta Kothari, *Youth Employment in the MENA Region: A Situational Assessment*, Washington, D.C. 2005.

<sup>42</sup> Vgl. Urdal, »A Clash of Generations? Youth Bulges and Political Violence« [wie Fn. 38].

<sup>43</sup> Jeffrey G. Williamson, »Demographic Change, Economic Growth, and Inequality«, in: Nancy Birdsall/Allen C. Kelley/Steven Sinding (Hg.), *Population Matters: Demographic Change, Economic Growth, and Poverty in the Developing World*, New York 2001, S. 106–136.



Frauen einen Konfliktfaktor darstellen.<sup>44</sup> Aufgrund des deutlichen Männerüberschusses wird es beispielsweise China, Indien und Pakistan leichter fallen, junge und ungebundene Männer für den Dienst als Militär oder Polizei zu rekrutieren. Dabei kann ein überproportional großer Anteil junger Männer indirekt ein außenpolitisches Risiko darstellen, wenn deren vermehrte Rekrutierung zu einer Ausweitung des regionalen Machtanspruchs verleitet. Mit Blick auf die Innenpolitik hingegen ist nicht auszuschließen, dass eine überproportional große Zahl von jungen Männern, die nicht in Arbeitsmarkt und Gesellschaft integriert sind, Kriminalität und Instabilität fördern kann.<sup>45</sup>

Auch wenn die Annahme, dass ein unausgewogenes Geschlechterverhältnis automatisch zu Gewalt führt, zu stark vereinfacht, ist doch offensichtlich, dass die Bevorzugung männlicher Nachkommen insbesondere in China und Indien für einen Überhang an Männern sorgt. Der Männerüberschuss wird in China im Jahr 2020 schätzungsweise 29–33 Millionen Menschen in der Altersgruppe der 15- bis 34-Jährigen betragen, in Indien 28–32 Millionen.<sup>46</sup> Da Heirat und Familiengründung in beiden Ländern stark an Statuserwägungen gekoppelt sind, dürften insbesondere Männer unterer Bildungs- und Gesellschaftsschichten weiter marginalisiert werden, und diese wiederum haben vergleichsweise wenig zu verlieren, wenn sie gewalttätiges Verhalten zeigen.

Schließlich können auch Ungleichgewichte in der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung sicherheitsrelevant werden, insbesondere wenn sie durch ungleiches Geburtenverhalten der Bevölkerungsgruppen verstärkt werden. In der jüngeren Vergangenheit haben politische Eliten sowohl in der »zweiten« als auch in der »dritten« Welt das reproduktive Verhalten als strategische Variable im »demographischen Wettbewerb« mit anderen ethnischen Gruppen aufgefasst. So wirkten Unterschiede im Geburtenverhalten und im Bevölkerungswachstum verschiedener Ethnien beispielsweise im Kosovo, in Ruanda, in

Burundi, in der Sowjetunion und in Südafrika unter dem Apartheid-Regime konflikttreibend.<sup>47</sup>

Ähnliches ist auch im Nahen Osten und insbesondere in Israel und Palästina zu beobachten. Hier dominierte bis zum Zweiten Weltkrieg die arabische Bevölkerung; Juden hatten bis in die 1930er Jahre einen Bevölkerungsanteil von unter 20 Prozent. Dieses Verhältnis kehrte sich zwischen 1940 und 1970 als Folge der jüdischen Zuwanderung und der arabischen Abwanderung um; zu Beginn der 1970er Jahre stellten Juden bereits 70 Prozent der Bevölkerung. Seitdem wiederum haben stagnierende Zuwanderung sowie niedrige Geburtenzahlen auf jüdischer und hohe Geburtenzahlen auf arabischer Seite das Verhältnis der Bevölkerungsanteile beider Gruppen nahezu ausgeglichen. Bleiben diese Unterschiede im reproduktiven Verhalten bestehen, wird die arabische Bevölkerung sowohl in Palästina als auch in Israel (im Gebiet der heutigen Grenzen) ab Mitte dieses Jahrhunderts deutlich größer sein als die jüdische.<sup>48</sup> Angesichts des schwelenden Nahost-Konflikts stellt sich die Frage, ob und mit Hilfe welcher rechtlicher und politischer Arrangements ein friedliches Zusammenleben von Bevölkerungsgruppen erreicht werden kann, die eine solch unterschiedliche demographische Dynamik zeigen, zumal wenn sie durch Migration noch verstärkt wird.

Sowohl in Israel als auch in den palästinensischen Gebieten wird die Bevölkerungsentwicklung als Machtinstrument betrachtet, die Förderung von Geburtenrate und Zuwanderung als »Waffe« im Kampf um Territorium und Mehrheit genutzt. Insofern stellt Palästina einen demographischen Sonderfall dar. Es ist eines der wenigen Gebiete der Welt, in denen eine Anhebung des Bildungsniveaus der Frauen nicht zu einem Rückgang der Geburtenraten geführt hat: Nach jüngsten Schätzungen liegen die Geburtenraten in den palästinensischen Autonomiegebieten trotz des im internationalen Vergleich sehr hohen Bildungsstandes immer noch bei 4,6 Kindern pro Frau. Wahrscheinlich wird die dortige Bevölkerung daher von derzeit 4,0 Millionen bis 2050 auf 9,4 Millionen Menschen zunehmen.<sup>49</sup>

<sup>44</sup> Vgl. Valerie M. Hudson/Andrea M. Den Boer, »A Surplus of Men, a Deficit of Peace. Security and Sex Ratios in Asia's Largest States«, in: *International Security*, 26 (2002) 4, S. 5–38.

<sup>45</sup> Therese Hesketh/Zhu Wei Xing, »Abnormal Sex Ratios in Human Populations: Causes and Consequences«, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America*, 103 (2006), S. 13271–13275.

<sup>46</sup> Hudson/Den Boer, »A Surplus of Men, a Deficit of Peace. Security and Sex Ratios in Asia's Largest States« [wie Fn. 44], S. 11.

<sup>47</sup> Dazu grundlegend Myron Weiner/Michael Teitelbaum, *Political Demography, Demographic Engineering*, New York/Oxford: Berghahn Books, 2001, hier S. 41.

<sup>48</sup> Vgl. zu den politischen Konsequenzen auch Volker Perthes, »Obama ist Israels letzte Chance auf Frieden«, in: *Die Zeit*, 5.8.2010, S. 9.

<sup>49</sup> Zum Vergleich: in Israel beträgt die Geburtenrate derzeit 3,0 Kinder pro Frau. Auf Basis dessen wird eine Bevölkerungs-

Der Kosovo kann als weiteres Beispiel für das Konfliktpotential dienen, das aus Veränderungen der ethnischen Bevölkerungsstruktur resultiert. Im Jahr 1940 machten die Serben in dem von ihnen als historisches Stammland betrachteten Gebiet etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus. Als Folge der hohen Geburtenraten der Albaner und der Abwanderung von Serben sank der serbische Bevölkerungsanteil bis Anfang der 1990er Jahre auf etwa 10 Prozent, mit weiter abnehmender Tendenz. Dass die internationale Gemeinschaft die Eigenständigkeit des Kosovo ebenso unterstützt wie eine Befriedung der Konflikte zwischen den Volksgruppen, ist zu einem erheblichen Teil von der Befürchtung motiviert, dass die ethnischen Konflikte weiter eskalieren und zusätzliche Fluchtbewegungen in die westlichen Staaten auslösen könnten.<sup>50</sup>

Außerordentlich schwierig ist die Frage zu beantworten, ob ein Zusammenhang zwischen der Konflikterfahrung eines Landes und seiner Bevölkerungsentwicklung besteht. So gibt es Beispiele dafür, dass das Bevölkerungswachstum in Ländern, die aktuell Konflikte austragen, besonders hoch ist. Dies ist besonders auffällig, wenn man die nordafrikanischen Länder (wo die Geburtenraten sinken) mit Palästina und Israel vergleicht, in denen die oben beschriebenen demographischen Entwicklungen stattfinden. Ähnliches lässt sich auch für Iran feststellen: Während des Krieges mit dem Irak wies das Land hohe Geburtenraten auf (1980–1985: 6,63 Kinder pro Frau), nach Ende des Krieges brach die Geburtenzahl stark ein. Im Zeitraum 2005–2010 brachte jede Frau durchschnittlich nur noch 1,83 Kinder zur Welt.<sup>51</sup> Das hatte nicht zuletzt damit zu tun, dass die Regierung eine aktive Familienplanungspolitik betrieb.

## Bevölkerung und Militär

Neben diesen direkten Wechselbeziehungen von Bevölkerungsentwicklung und Konflikten ist auch noch relevant, wie sich demographische Prozesse auf militärische Fähigkeiten auswirken. Auch hier lassen

zunahme von 7,6 Millionen auf 11,4 Millionen Menschen im Jahr 2050 prognostiziert. Vgl. Population Reference Bureau, *2010 World Population Data Sheet*, Washington, D.C. 2010.

<sup>50</sup> Vgl. Kugler/Kugler, »Political Demography« [wie Fn. 22], S. 5679.

<sup>51</sup> Vgl. United Nations Population Division, *World Population Prospects: The 2008 Revision*, New York 2010.

sich je nach soziodemographischer Lage deutliche Unterschiede zwischen den Ländern erkennen.

Für die Staaten der »ersten« Welt, deren Bevölkerungen altern und schrumpfen, ist zu erwarten, dass der demographische Wandel die Finanzierung und die Personalausstattung ihrer Streitkräfte beeinträchtigen wird und damit auch die außenpolitische Handlungsfähigkeit dieser Staaten.<sup>52</sup> Dies ergibt sich aus der zahlenmäßigen Zunahme älterer Bürger und ihrem Anspruch auf Renten- und Sozialleistungen bei gleichzeitig sinkenden Steuereinnahmen. In der EU wird der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung bereits ab 2012 abnehmen.<sup>53</sup> Um die wachsenden altersbedingten Kosten zu kompensieren, stehen Einnahmesteigerungen und Ausgabenkürzungen zur Wahl.<sup>54</sup> Angesichts der negativen Auswirkungen von Steuererhöhungen auf die Wirtschaftskraft alternder Gesellschaften ist nicht auszuschließen, dass die Verteidigungsausgaben überproportional beschnitten werden.

Hinzu kommt, dass selbst bei einem nominell gleich bleibenden Volumen des Verteidigungshaushalts die militärische Einsatzfähigkeit aufgrund von Lohn- und Preissteigerungen vermindert wird. Unter diesen Umständen geraten die Streitkräfte unter immer größeren politischen und gesellschaftlichen Druck, ihre Soldaten durch Ausrüstung und Technologie so gut wie möglich zu schützen. Geben sie diesem Druck nach, erhöht sich wiederum die Kapitalintensität militärischer Einsatzbereitschaft. Zum anderen verlangen neue Einsatzformen ein breites soldatisches Anforderungsprofil, das kognitive, physische, psychische und soziale Kompetenzen umfasst. Diese Eigenschaften und Fähigkeiten werden aber auch von zivilen Institutionen nachgefragt. Angesichts des bald bevorstehenden Renteneintritts der geburtenstarken »Babyboomer«-Jahrgänge zeichnet sich in den meisten Staaten der »ersten« Welt bereits mittelfristig ab, dass es an Fachkräften fehlen wird und sich die zivile und militärische Konkurrenz um

<sup>52</sup> Zum Beispiel: Rickard Sandell, »Coping with Demography in NATO Europe: Military Recruitment in Times of Population Decline«, in: Curtis L. Gilroy/Cindy Williams (Hg.), *Service to Country – Personnel Policy and the Transformation of Western Militaries*, Cambridge, Mass. 2006, S. 65–96.

<sup>53</sup> Giuseppe Carone u.a., *The Economic Impact of Ageing Populations in the EU25 Member States*, Brüssel 2005, S. 28, <[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/publication562\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication562_en.pdf)>.

<sup>54</sup> Vgl. Kieran McMorrow/Werner Roeger, *The Economic and Financial Market Consequences of Global Aging*, Berlin/Heidelberg: Springer, 2004.

junge, gut ausgebildete Arbeitskräfte verschärft, und das könnte beispielsweise zu Einschränkungen bei personalintensiven Stabilisierungseinsätzen führen.

Die Staaten der »zweiten Welt« dagegen profitieren auch militärisch von der »demographischen Dividende« einer stark anwachsenden Erwerbsbevölkerung und einem kleinen Bevölkerungsanteil junger und alter Nichterwerbspersonen. In einigen Ländern wird das hohe Wirtschaftswachstum zur militärischen Aufrüstung genutzt. So gehörten im Jahr 2009 eine Reihe bevölkerungsreicher Schwellenstaaten zu den 15 Ländern mit den weltweit höchsten Militärausgaben. Im Zuge kräftiger Aufrüstungsanstrengungen belegt China mittlerweile Rang 2, Indien Rang 9 und Brasilien Rang 11 (Saudi-Arabien liegt auf Rang 8, Südkorea auf Rang 12).<sup>55</sup> Insbesondere China verfolgt ein langfristiges Rüstungsprogramm, das seinen militärischen Aktionsradius kontinuierlich ausweiten soll. Die ersten beiden Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts werden aus chinesischer Sicht dabei als »Periode der Möglichkeiten« betrachtet, in der China ausreichend Ressourcenspielraum – eben auch demographischer Art – hat, um sich als Führungsmacht zu etablieren.

## Ernährungssicherheit und Ressourcenknappheit

Die Frage der Ernährungssicherheit, also die für eine zu versorgende Bevölkerung ausreichende Produktion und Verteilung von Nahrungsmitteln, ist ein klassisches Thema in der Diskussion über demographischen Wandel und Sicherheit. Bereits Thomas Malthus hatte sie zum Ausgangspunkt seiner bevölkerungspolitischen Überlegungen gemacht. Auch wenn sich seine Prognosen wegen des von ihm unterschätzten Produktivitätswachstums in der Landwirtschaft und der industriellen Revolution nicht bewahrheitet haben, stellt die Nahrungsmittelversorgung nach wie vor ein grundsätzliches Problem menschlicher Sicherheit dar.<sup>56</sup>

In jüngster Zeit haben sich die Beispiele für gewalttätige Konflikte gemehrt, die auf Nahrungsmittelknappheit beruhen: so unter anderem die Unruhen

im Frühjahr 2008 in Haiti, Bangladesch, Côte d'Ivoire und Mauretanien. Im Zuge der globalen Nahrungsmittelkrise<sup>57</sup> kam es selbst in einer Reihe von Ländern zu Ausschreitungen, die nach Einschätzung der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) keine Versorgungsengpässe aufwiesen. Ursache in diesen Fällen waren drastische Erhöhungen der Preise für Grundnahrungsmittel.<sup>58</sup>

Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zufolge sterben derzeit täglich 20 000 Menschen in den Staaten der »dritten« Welt an Unterernährung, vor allem Kinder und Jugendliche. Bis zu einer Milliarde Menschen sind unterernährt. Theoretisch würde der Umfang der globalen Nahrungsmittelproduktion für die Versorgung der Weltbevölkerung ausreichen. Doch sind in vielen Gebieten keine Nahrungsmittel verfügbar oder reichen die finanziellen Mittel der Menschen nicht aus, um die benötigten Nahrungsmittel zu kaufen. Die jüngsten FAO-Daten zeigen, dass die Zahl der unterernährten Menschen nach einem leichten Rückgang in den 1980er und frühen 1990er Jahren wieder zugenommen hat, vor allem im subsaharischen Afrika.

Damit ist offensichtlich, dass das Millennium-Entwicklungsziel der Vereinten Nationen, bis 2015 den Anteil der an Hunger leidenden Menschen zu halbieren, nicht erreicht werden kann.<sup>59</sup> Ein Grund dafür ist, dass die Getreideproduktion pro Kopf, die als Indikator für die Nahrungsmittelproduktion insgesamt dienen kann, seit Mitte der 1980er Jahre um durchschnittlich 0,5 Prozent pro Jahr abgenommen hat. Dabei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Staaten und Regionen. So hat China – mit einer stagnierenden Bevölkerung – seine Nahrungsmittelproduktion stark ausgebaut, während sie in Indien (in Verbindung mit anhaltend hohen Bevölkerungszuwächsen) rückläufig ist.

Problematisch ist, dass die schrumpfende Pro-Kopf-Kulturfläche und die sinkende Flächenproduktivität höchstwahrscheinlich nicht durch neue Produktionsverfahren kompensiert werden können. Schon in den

<sup>55</sup> Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) (Hg.), *SIPRI Yearbook 2010. Armaments, Disarmament and International Security*, Oxford: Oxford University Press, 2010.

<sup>56</sup> Vgl. z.B. Cincotta/Engelman/Anastasion, *The Security Demographic: Population and Civil Conflict after the Cold War* [wie Fn. 34]; Jonathan G. Nash/Roger-Mark De Souza, *Making the Link: Population, Health, Environment*, Washington, D.C. 2002.

<sup>57</sup> Vgl. Hassan Zaman/Christopher Delgado/Donald Mitchell/Ana Revenga, *Rising Food Prices: Are There Right Policy Choices?*, Washington, D.C.: Weltbank, 2008, S. 6–12, <<http://elibrary.worldbank.org/docserver/1020797x-10-3-6-12.pdf>>.

<sup>58</sup> Vgl. Bettina Rudloff, »Aufstand der Ausgehungenerten. Preisexplosionen, Versorgungskrisen, Brotkrawalle: Wie sie entstehen und was wir dagegen tun können«, in: *Internationale Politik*, 64 (November/Dezember 2009) 11–12, S. 38–44.

<sup>59</sup> UN, *The Millennium Development Goals Report 2010*, New York 2010.

vergangenen Jahrzehnten fiel der Ertragszuwachs durch die Nutzung von Düngemitteln in der Getreideproduktion geringer aus. Inzwischen sind viele Landwirtschaftsexperten der Auffassung, dass die »grüne Revolution«, die in den vergangenen 60 Jahren den Industriestaaten durch Züchtungen, Kunstdünger und Schädlingsbekämpfung historisch beispiellose Ertragszuwächse eingebracht hat, zumindest in den Staaten der »ersten« Welt beendet sei. Weitere Ertragssteigerungen seien nur durch den Einsatz von Gentechnik möglich, die aber wegen der schwer absehbaren Risiken bislang in vielen dieser Staaten nur zurückhaltend genutzt wird.<sup>60</sup>

In vielen Ländern der »zweiten« und vor allem der »dritten« Welt ist dagegen zu erwarten, dass insbesondere die zu Subsistenzzwecken benötigte Produktionsfläche nicht mehr ausreichen wird. Zwei Fragen werden dann entscheidend sein: Können diese Länder ihren zunehmenden Nahrungsmittelbedarf auf den internationalen Märkten decken? Und werden sie angesichts der oftmals unzureichenden Infrastrukturen in der Lage sein, die erworbenen Güter im Land zu verteilen? Zudem werden diese ärmeren mit den reicheren Ländern auf dem Weltmarkt um den Import von Nahrungsmitteln konkurrieren. Ob die ärmeren Länder ihre Bevölkerung zu ernähren vermögen, wird sich letztlich daran entscheiden, ob sie imstande sind, die Marktpreise für die Nahrungsmittel zu zahlen.

Ob die globale Nahrungsmittelproduktion für eine gesicherte Ernährung ausreicht, hängt aber nicht nur von der Bevölkerungsentwicklung, der Produktionsfläche und der Produktivität ab, sondern auch vom Konsumverhalten der Bevölkerung. Dabei ist entscheidend, ob insbesondere Getreide direkt oder auf Umwegen über »veredelte« Nahrungsmittel wie Fleisch oder Milchprodukte konsumiert wird. Da deren Herstellung ein Vielfaches der Getreidemenge erfordert, die für den direkten Konsum benötigt wird, und da die Nachfrage nach »höherwertigen« Nahrungsmitteln vor allem in den Schwellenländern zunimmt, ist zu befürchten, dass die Nahrungsmittelproduktion selbst dann nicht ausreichen würde, wenn es gelänge, sie an das globale Bevölkerungswachstum anzupassen. In vielen Staaten der »dritten« Welt ist der Zugang zu Nahrungsmitteln überdies durch die stark zunehmende Schwankung der Nahrungsmittelpreise gefährdet.

<sup>60</sup> Vgl. Klaus Hahlbrock, *Kann unsere Erde die Menschen noch ernähren? Bevölkerungsexplosion – Umwelt – Gentechnik*, Frankfurt a.M.: Fischer, 2007, S. 160ff.

Potentiell konfliktträchtig und ebenfalls durch demographische Entwicklungen beeinflusst ist die Konkurrenz um knappe Ressourcen, insbesondere um Land, Wasser und Rohstoffe. Vor allem die Staaten der »dritten« Welt sind in erheblichem Maße von der Aufgabe herausgefordert, die Bevölkerung zu versorgen und innerstaatliche Konflikte um Ressourcen zu verhindern. Ob es ihnen gelingt, diese Aufgabe zu meistern, hängt unter anderem von der Regierungsführung, der Integration in den Weltmarkt und der Entwicklung der Verbrauchsmuster ab.<sup>61</sup> Eine wichtige Rolle spielt auch die schnell voranschreitende Verstädterung: In der Regel wirken Städte als Wachstumsmotor für die Volkswirtschaft. Die Landflucht findet üblicherweise statt, weil die Menschen ihre Lebensbedingungen verbessern wollen. Wachstum und Verstädterung sind aber tendenziell mit größerem Ressourcenbedarf verbunden.

Grundsätzlich besteht für alle armen und schnell wachsenden Länder ein virulenter Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung, Umweltdegradation und Konflikt.<sup>62</sup> Schon seit längerem wird die Gefahr von Ressourcenkriegen beschworen, die ausbrechen könnten, wenn keine neuen Energie- oder Nahrungsquellen erschlossen würden. Außerdem wird vor den Auswirkungen des Klimawandels und einer sich verschärfenden Verknappung von Nahrungsmitteln und Ressourcen auf die territoriale Souveränität und politische Stabilität von Staaten gewarnt. Solche kausalen Verknüpfungen sind allerdings schwer nachzuweisen und daher weitgehend spekulativ. Tatsächlich wurden bislang kaum Konflikte dokumentiert, die sich direkt auf einen Mangel oder die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen (z.B. Land, Wasser oder Wälder) zurückführen ließen.<sup>63</sup> In der Regel spielen politische und wirtschaftliche Faktoren eine ausschlaggebende Rolle. So kann etwa

<sup>61</sup> Vgl. hierzu die SWP-Sammelstudie zum Forschungsschwerpunkt »Konkurrenz um knappe Ressourcen« (in Vorbereitung).

<sup>62</sup> Hierzu immer noch grundlegend: Thomas F. Homer-Dixon, »On the Threshold: Environmental Changes as Causes of Acute Conflict«, in: *International Security*, 16 (Herbst 1991) 2, S. 76–116.

<sup>63</sup> Vgl. Frank Biermann/Gerhard Petschel-Held/Christoph Rohloff, »Umweltzerstörung als Konfliktursache? Theoretische Konzeptualisierung und empirische Analyse des Zusammenhangs von ›Umwelt‹ und ›Sicherheit‹«, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 5 (1998) 2, S. 273–308; Jack Goldstone, »Population and Security: How Demographic Change Can Lead to Violent Conflict«, in: *Journal of International Affairs*, 56 (Herbst 2002) 1, S. 245–263.

ein unvollständiger Übergang von einer Subsistenzwirtschaft zu einer marktorientierten Landwirtschaft Verteilungsprobleme und gesellschaftliche Spannungen mit sich bringen.<sup>64</sup> Als Ursache für den Genozid in Ruanda in den 1990er Jahren gilt beispielsweise ein Zusammenspiel von ungleicher Landverteilung, extremer Armut, einer auf ethnischer Zugehörigkeit basierenden Arbeitsteilung, wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit und einer politischen Mobilisierung durch extremistische Kräfte.<sup>65</sup>

Auch wenn es bislang keine empirischen Belege für Ressourcenknappheit als Konfliktursache gibt, ist zu erwarten, dass die Staaten der »dritten Welt« zunehmend Schwierigkeiten haben werden, Ressourcenkonflikte mit Hilfe staatlicher Verteilungsmechanismen zu bewältigen. In diesem Kontext kann Migration eine Antwort auf anhaltende Ressourcenknappheit sein. Deren Folgen sind allerdings ambivalent: Während die Auswanderung in den Herkunftsländern potentielle Ressourcenkonflikte zu entschärfen vermag, kann sie das Konfliktpotential in den Aufnahmegebieten erhöhen.

Für die Staaten der »ersten« Welt lassen sich die Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Ressourcenbedarf noch schwieriger beurteilen. So führt ein Abnehmen der Bevölkerung naturgemäß zu einem geringeren Ressourcenverbrauch. Gleichwohl ist fraglich, ob die demographische Schrumpfung den Verbrauch linear reduzieren wird. Entscheidend ist auch hier, ob sich die Konsummuster verändern. Technische Erfordernisse und politische Erwägungen spielen ebenfalls eine Rolle. So sind Anlagen zur Abwasserentsorgung und Müllverbrennung auf eine bestimmte Grundlast angewiesen, um funktionsfähig zu bleiben. Und wenn (wie beispielsweise in Deutschland) die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen als politisches Ziel vorgegeben ist, kann das dazu führen, dass in manchen Gegenden überdimensionierte und ressourcenlastige Infrastrukturen aufrechterhalten werden, obwohl sie dort nicht mehr in vollem Umfang benötigt werden.

Ähnliche Unsicherheiten bestehen für Prognosen über die Auswirkungen der demographischen Alterung auf den Ressourcenverbrauch. Es fehlt an Studien, die Aufschluss darüber geben, inwieweit sich das Konsumverhalten mit fortschreitendem Lebens-

alter ändert und was dies für den Bedarf an Ressourcen bedeutet. Einiges spricht dafür, dass der Ressourcenverbrauch einer alternden Bevölkerung abnimmt. Bewiesen ist dies aber nicht. Der trotz Alterung und Schrumpfung steigende Wohnraumbedarf in den Industriestaaten beispielsweise spricht dagegen. Auch hängt der Energiebedarf unter anderem vom Mobilitätsverhalten, von technischen Entwicklungen und von den verfügbaren Transportmöglichkeiten ab. Unter Umständen führt die Alterung in den Industriestaaten nicht zu einer Senkung, sondern zumindest in einigen Bereichen eher zu einer Steigerung des Ressourcenverbrauchs, so dass sich die Konkurrenz um knappe Ressourcen zwischen den unterschiedlich entwickelten Weltregionen weiter verschärft.<sup>66</sup>

## Öffentliche Gesundheit

Eine schlechte gesundheitliche Verfassung der Bevölkerung, vor allem die Verbreitung ansteckender Krankheiten, kann die soziale und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes beeinträchtigen und so indirekt zu gesellschaftlichen Unruhen und politischer Instabilität beitragen.

Dabei steht der Gesundheitszustand einer Bevölkerung in engem Zusammenhang mit demographischen Entwicklungen. So wird in den Ländern der »ersten« Welt die steigende Lebenserwartung zu einer Zunahme chronischer Erkrankungen bei Älteren und einer vermehrten Nutzung von Intensivmedizin führen. Darüber hinaus wird der Gesundheitszustand in den Industriestaaten durch eine Reihe verhaltensbedingter Risikofaktoren beeinträchtigt, die insbesondere im Zusammenhang mit individuellen Lebensgewohnheiten stehen. Dazu zählen vor allem gesundheitsschädigende Verhaltensweisen wie regelmäßiger Alkohol- und Tabakkonsum, Bewegungsarmut und eine kalorienreiche Ernährung, wie sie oft schon in jungem Lebensalter fixiert werden. Die Folge ist eine zunehmende Verbreitung von Diabetes, Übergewicht sowie Herz-/Kreislauferkrankungen.

Als Folge der Veränderungen in der Altersstruktur und im allgemeinen Lebenswandel werden die Gesundheitshaushalte in den Industriestaaten stärker belastet. Schon jetzt steigen die Gesundheitsausgaben in allen OECD-Staaten schneller als das Wirtschafts-

<sup>64</sup> Nicolas Pons-Vignon/Henri-Bernard S. Lecomte, *Land, Violent Conflict and Development*, Paris 2004.

<sup>65</sup> Vgl. Andy Storey, »Economics and Ethnic Conflict: Structural Adjustment in Rwanda«, in: *Development Policy Review*, 17 (1999) 1, S. 43–63.

<sup>66</sup> Vgl. Steffen Kröhnert/Iris Hoßmann/Reiner Klingholz, *Die demographische Zukunft von Europa: Wie sich die Regionen verändern*, München: Deutscher Taschenbuch-Verlag, 2008.

wachstum. Zwischen 2000 und 2008 erhöhte sich ihr durchschnittlicher Anteil am Bruttoinlandsprodukt von knapp 8 auf 9 Prozent.<sup>67</sup>

Die gesundheitliche Entwicklung wird steigende volkswirtschaftliche Kosten verursachen und sich auf die Leistungsfähigkeit der Erwerbsbevölkerung auswirken. In der Folge wird unter anderem das Reservoir von Bewerbern für den Soldatenberuf weiter schrumpfen. Der Anteil Jugendlicher, der sich für diesen Beruf interessiert und die körperlichen Leistungsanforderungen erfüllt, wird geringer.<sup>68</sup>

Chronische und nicht übertragbare Krankheiten sind nicht nur ein Problem für die Industrienationen, sondern auch für Länder der »zweiten« Welt, in denen sich zivilisationsbedingte Krankheiten ebenfalls stark verbreitet haben. Gleichzeitig bestehen dort weiterhin Risiken durch verunreinigtes Wasser, unzulängliche Gesundheitsversorgung und mangelnde Hygienemaßnahmen.<sup>69</sup> Die Ausbreitung zivilisationsbedingter Krankheiten kann im Verbund mit entwicklungs-spezifischen Gesundheitsrisiken in diesen Ländern zu einem Entwicklungshemmnis werden – einerseits aufgrund der Belastung öffentlicher Haushalte durch steigende Gesundheitsausgaben, andererseits aufgrund möglicher Produktivitätsverluste als Folge eines verschlechterten Gesundheitszustands der Bevölkerung.

In vielen Staaten der »zweiten«, aber insbesondere in denen der »dritten« Welt hat sich HIV/Aids in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einem destabilisierenden Faktor entwickelt. Aus diesem Grunde haben die Vereinten Nationen diese Immunschwächekrankheit bereits frühzeitig als Bedrohung der globalen Stabilität und Sicherheit bezeichnet – eine Einschätzung, die sich seitdem nicht geändert hat.<sup>70</sup>

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation stehen Aids und Tuberkulose mit jeweils 2,0 und 1,5 Millionen Sterbefällen an sechster und siebter Stelle

der weltweit häufigsten Todesursachen.<sup>71</sup> UNAIDS schätzt, dass seit Beginn der Epidemie in den 1980er Jahren mehr als 25 Millionen Menschen weltweit an den Folgen von Aids gestorben sind.<sup>72</sup> Im Jahr 2007 waren etwa 33 Millionen Menschen mit dem HIV-Virus infiziert. Im gleichen Jahr belief sich die Anzahl der Neuinfektionen auf 2,7 Millionen und die der Aids-bedingten Sterbefälle auf etwa 2 Millionen. Afrika südlich der Sahara bleibt die am stärksten betroffene Weltregion: 67 Prozent aller HIV-Infizierten (22 Millionen) leben dort, 75 Prozent aller Aids-bedingten Sterbefälle werden in dieser Region registriert. Insbesondere jüngere Menschen sind Opfer der Aids-Epidemie; so entfallen 45 Prozent der Neuinfektionen auf die Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen.

Zahlreiche Studien haben im vergangenen Jahrzehnt – vor allem für das südliche Afrika – den Einfluss von Aids und anderen Infektionskrankheiten auf die nationale und regionale Sicherheit untersucht.<sup>73</sup> Sie kommen übereinstimmend zu dem Befund, dass sich aus einer hohen Rate an Infizierten im erwerbsfähigen Alter und dem daraus entstehenden Personalmangel erhebliche politische Herausforderungen ergeben. Das Zusammenwirken mit Phänomenen der Armut wird die Verbreitung von Aids auch in Zukunft nachhaltig beeinflussen. In der Literatur wird in diesem Kontext auch von einer sogenannten »Bi-Direktionalität« von öffentlicher Gesundheit und wirtschaftlichem Fortschritt gesprochen: Während eine starke Verbreitung von Aids das Wirtschaftswachstum hemmen kann, sind wiederum Armut und Misswirtschaft der weiteren Verbreitung der Immunschwäche förderlich.<sup>74</sup>

In vielen von Aids betroffenen Staaten wird das Militär zunehmend Schwierigkeiten haben, seine quantitativen und qualitativen Rekrutierungsziele zu erreichen.<sup>75</sup> Das schwindende Rekrutierungspotential

<sup>67</sup> OECD, *OECD Health Data 2010: Growing Health Spending Puts Pressure on Government Budgets*, Paris 2010.

<sup>68</sup> Ulrich Rohde u.a., »Leistungsanforderungen bei typischen soldatischen Einsatzbelastungen«, in: *Wehrmedizinische Monatschrift*, 51 (2007) 5–6, S. 138–142.

<sup>69</sup> World Health Organization (WHO), *The Global Burden of Disease – Update 2004*, Genf 2008, S. 11, <[www.who.int/healthinfo/global\\_burden\\_disease/GBD\\_report\\_2004update\\_full.pdf](http://www.who.int/healthinfo/global_burden_disease/GBD_report_2004update_full.pdf)>.

<sup>70</sup> Vgl. Peter W. Singer, »AIDS and International Security«, in: *Survival*, 44 (Frühjahr 2002) 1, S. 145–158; Joint United Nations Programme on HIV/AIDS (UNAIDS), *AIDS, Security and Humanitarian Response*, Lusaka, 31.10.2006, <[http://data.unaids.org/pub/Report/2006/20061101\\_pcb\\_security\\_and\\_humanitarian\\_response\\_en.pdf](http://data.unaids.org/pub/Report/2006/20061101_pcb_security_and_humanitarian_response_en.pdf)>.

<sup>71</sup> WHO, *The Global Burden of Disease – Update 2004* [wie Fn. 69], S. 11.

<sup>72</sup> UNAIDS, *2008 Report on the Global AIDS Epidemic*, Genf 2008, S. 15.

<sup>73</sup> Zum Beispiel: Pieter Fourie/Martin Schönsteich, »Africa's New Security Threat: HIV/AIDS and Human Security in Southern Africa«, in: *African Security Review*, 10 (2001) 4, S. 29–42; Jennifer Brower/Peter Chalk, *The Global Threat of New and Re-emerging Infectious Diseases: Reconciling U.S. National Security and Public Health Policy*, Santa Monica, Cal. 2003.

<sup>74</sup> Colin Butler, »HIV and AIDS, Poverty, and Causation«, in: *The Lancet*, 356 (2000) 9239, S. 1445–1446.

<sup>75</sup> Vgl. Lindy Heineken, »Facing a Merciless Enemy: HIV/AIDS and the South African Armed Forces«, in: *Armed Forces & Society*, 29 (Januar 2003) 2, S. 281–300.

und die starke Verbreitung von Aids unter den Soldaten können die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte mindern. Gleichzeitig kann die Epidemie organisatorische und strukturelle Probleme mit sich bringen und den Einsatz internationaler Friedensmissionen beeinträchtigen. So hat sich die internationale Gemeinschaft verpflichtet, ausschließlich gesunde Soldaten in Einsätze der Vereinten Nationen zu entsenden. Einige afrikanische Staaten werden diese Verpflichtung aufgrund der hohen Infektionsraten kaum einhalten können.

Auch wenn bislang vor allem die Länder südlich der Sahara unter der Aids-Epidemie leiden, werden mittelfristig auch die Staaten des eurasischen Raums stärker betroffen sein, darunter Russland, Indien und China. Dort kann diese Krankheit das wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungspotential ebenfalls beeinträchtigen und die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit einschränken.<sup>76</sup> In diesen Ländern wird die Ausbreitung von Aids durch den umfassenden gesellschaftlichen Wandel der vergangenen Jahre und die damit einhergehende Aufweichung gesellschaftlicher Konventionen begünstigt. Insbesondere in Russland sind die hohen Infektionsraten auf veränderte, risikobehaftete Verhaltensweisen und auf die Ausbreitung von Prostitution und Drogenkonsum zurückzuführen. In China spielt die Arbeitsmigration eine wichtige Rolle bei der Verbreitung der Immunschwäche. Dabei behindert die immer noch anzutreffende gesellschaftliche und politische Verleugnung der Krankheit eine umfassende Aufklärung und Prävention.

## Bevölkerung und Klimawandel

In der Debatte über die Auswirkungen des Klimawandels ist unstrittig, dass dieser Wandel die Nutzbarkeit von Infrastrukturen, die Verfügbarkeit von Wasser, die Nahrungsmittel- und Energiegewinnung und die Nutzung der Küstengebiete beeinträchtigen wird. All dies, so die einhellige Überzeugung, wird sich auch auf die Bevölkerungsentwicklung in den betroffenen Gebieten auswirken. Gleichzeitig ist offensichtlich,

dass der Klimawandel wiederum durch die global ungleiche Bevölkerungsentwicklung beeinflusst wird. Dieser Aspekt hat aber – wie unter anderem beim Weltklimagipfel in Kopenhagen im Dezember 2009 deutlich zu beobachten war – bislang keine angemessene Beachtung in Forschung und Politik gefunden.

In den Industriestaaten ist die Debatte über den Zusammenhang von Klimawandel und Bevölkerung bislang vor allem auf mögliche klimabedingte Wanderungsbewegungen gerichtet. Befürchtet wird, dass eine massenhafte Wanderung von Klimaflüchtlingen Herkunfts-, Transit- und Aufnahmegebiete destabilisieren und insofern zu einem Sicherheitsrisiko werden könnte. Solche Wirkungen wurden in mehreren einflussreichen Studien über die mit dem Klimawandel verbundenen Sicherheitsrisiken behandelt<sup>77</sup> und in nationalen und internationalen Gremien diskutiert, unter anderem im UN-Sicherheitsrat.

Im September 2009 legte der UN-Generalsekretär einen Bericht über die vom Klimawandel ausgehenden Sicherheitsrisiken und mögliche Gegenmaßnahmen vor, in dem auch auf Risiken durch Wanderungsbewegungen hingewiesen wird.<sup>78</sup> Zuvor hatte der Weltklimarat bereits drei Trends bzw. Phänomene identifiziert, die direkten Einfluss auf die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen, die Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen und die öffentliche Gesundheit hätten und insofern zusätzliche Triebkräfte für Migration seien:<sup>79</sup> die Ausdehnung der von Dürren betroffenen Gebiete, die zunehmende Gefahr starker tropischer Wirbelstürme und der Anstieg des Meeresspiegels. Ähnlich argumentierte auch der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) in seinem Gutachten von 2007 zum Klimawandel als Sicherheitsrisiko. Darin bezeichnet er Umweltmigration als eine von sechs klimabedingten »Großgefahren« für die internationale Sicherheit und Stabilität.<sup>80</sup>

<sup>76</sup> Vgl. Peter R. Lamprey/Jami L. Johnson/Marya Khan, *The Global Challenge of HIV and AIDS*, Washington, D.C.: Population Reference Bureau, März 2006 (Population Bulletin, 61/1), <[www.prb.org/pdf06/61.1GlobalChallenge\\_HIVAIDS.pdf](http://www.prb.org/pdf06/61.1GlobalChallenge_HIVAIDS.pdf)>; United Nations Development Programme (UNDP), *HIV/AIDS in Eastern Europe and the Commonwealth of Independent States. Reversing the Epidemic: Facts and Policy Options*, Bratislava 2004.

<sup>77</sup> Nicholas Stern, *The Economics of Climate Change*, London 2007; Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), *Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel*, Berlin 2007; Center for Naval Analyses (CNA), *National Security and the Threat of Climate Change*, Alexandria, Va. 2007.

<sup>78</sup> UN General Assembly, *Climate Change and Its Possible Security Implications*, New York 2009.

<sup>79</sup> Vgl. Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen, *Klimaänderung 2007: Zusammenfassungen für politische Entscheidungsträger. Vierter Sachstandsbericht des IPCC (AR4)*, Bern/Wien/Berlin 2007, S. 34.

<sup>80</sup> Vgl. WBGU, *Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel* [wie Fn. 77], S. 5f.

Alle angeführten Studien kommen zu dem Schluss, dass sich zwar kein direkter Zusammenhang zwischen Klimawandel, Bevölkerungsentwicklung und gewalt-haltigen Konflikten nachweisen lässt, dass aber in-direkte Wirkungen zu erkennen sind, die sich aus dem Zusammenspiel mit anderen Faktoren ergeben.<sup>81</sup> Hier-zu gehören zum Beispiel schlechte wirtschaftliche Be-dingungen, Regierungsversagen oder das Fehlen von Mechanismen zur Konfliktregulierung.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich der Umfang der durch Umwelteinflüsse ausgelösten Wanderungen mit heutigen Mitteln nicht präzise bestimmen lässt. Die vorliegenden Schätzungen reichen von 50 Millio-nen Umweltflüchtlingen im engeren Sinn bis zu einer Milliarde Menschen, die sich bis Ende des Jahrhun-derts unter bestimmten Umwelteinflüssen gezwungen sehen könnten, ihre Wohngebiete zu verlassen. Solche langfristigen Prognosen sind methodisch insofern nicht seriös, als ökologische Wanderungsfaktoren in der Regel mit demographischen und wirtschaftlichen Wanderungsursachen zusammenfallen. Sicher ist lediglich, dass einige Weltgebiete künftig in beson-derem Maße von natürlichen und menschlich mit-verursachten Umweltveränderungen betroffen sein werden. Dazu gehören einige Gebiete in Asien, etwa in Bangladesch, in denen als Folge umfangreicher Ab-holungen im Himalaja zusätzlich zu den regelmäßi-gen Flutkatastrophen vermehrt Überschwemmungen drohen. Betroffen ist auch das südliche Afrika, wo nach Schätzungen der Vereinten Nationen rund 135 Millionen Menschen akut von Desertifikation und Dürrekatastrophen bedroht sind.<sup>82</sup>

Sollte es aufgrund des Klimawandels zu Wande-rungsbewegungen kommen, dann mit großer Wahr-scheinlichkeit in diesen dicht besiedelten »hot spots« der globalen Klimaveränderung. Vor allem die Ent-wicklungen in den schnell wachsenden und durch Veränderungen des Klimas gefährdeten Ballungs-räumen sollten daher in der sicherheitspolitischen Debatte größere Beachtung finden.

**81** Vgl. u.a. Nils Petter Gleditsch/Ragnhild Nordås/Idean Salehyan, *Climate Change and Conflict: The Migration Link*, New York: International Peace Academy, Mai 2007 (Coping with Crisis Working Paper Series), <[www.ipacademy.org/media/pdf/publications/cwc\\_working\\_paper\\_climate\\_change.pdf](http://www.ipacademy.org/media/pdf/publications/cwc_working_paper_climate_change.pdf)>; Günther Bächler u.a., *Kriegsursache Umweltzerstörung. Ökologische Konflikte in der Dritten Welt und Wege ihrer friedliche Bearbeitung*, Bd. I, Chur u.a.: Verlag Rüegger, 1996; Thomas F. Homer-Dixon, *Environment, Scarcity, and Violence*, Princeton, N.J.: Princeton University Press, 2001.

**82** Vgl. WBGU, *Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel* [wie Fn. 77], S 4f.

## Urbanisierung und Konflikt

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten weltweit etwa 220 Millionen Menschen in Städten. Derzeit sind es etwa 3,2 Milliarden, und ihre Zahl wird bis zum Jahr 2050 wahrscheinlich auf über 5 Milliarden ansteigen. Noch bis Mitte der 1980er Jahre betrug das Wachstum der Stadtbevölkerung fast 3 Prozent jährlich und war damit fast doppelt so hoch wie das Wachstum der Weltbevölkerung.<sup>83</sup> Fast der gesamte zu erwartende Bevölkerungszuwachs der nächsten Jahrzehnte wird sich auf die Städte konzentrieren, und zwar fast aus-nahmslos auf Ballungsgebiete in den Entwicklungs-ländern.

Die rapide Zunahme der städtischen Bevölkerung in den Entwicklungsländern ist einerseits bedingt durch ein starkes Bevölkerungswachstum, anderer-seits durch eine Altersstruktur mit einem hohen durchschnittlichen Anteil junger Menschen. Im Jahr 2005 betrug der Anteil der städtischen Bevölkerung in allen Entwicklungs- und Schwellenländern 42,7 Pro-zent, in den am wenigsten entwickelten Ländern 27 Prozent. Bis zum Jahr 2050 werden diese Werte auf 67 Prozent bzw. 55,5 Prozent ansteigen.<sup>84</sup>

Lange Zeit war die Entwicklung der Megastädte, also der Großstädte mit mehr als 10 Millionen Ein-wohnern, das beherrschende Thema in der Debatte über Verstädterung. 1950 war New York die erste Megacity mit mehr als 10 Millionen Einwohnern. Im Jahr 2000 gab es bereits 19 Megastädte, von denen 15 in Entwicklungsländern lagen. Im Jahr 2015 wird es aller Voraussicht nach 23 Megastädte geben, 19 davon in Entwicklungsländern.<sup>85</sup> Tokio, Bombay und Lagos werden im Jahr 2030 voraussichtlich mehr als 25 Millionen Einwohner zählen und damit die größten Städte der Erde sein.

Längerfristig ist gleichwohl zu erwarten, dass der Hauptteil des Wachstums der städtischen Bevölkerung in kleineren Städten mit bis zu 500 000 Einwohnern stattfinden wird.<sup>86</sup> Sie werden auch mit der eigent-lichen Herausforderung konfrontiert sein, die aus der Urbanisierung erwächst: In vielen mittelgroßen Städten werden die notwendigsten Voraussetzungen

**83** Vgl. UN, *World Urbanization Prospects. The 2009 Revision*, New York 2010.

**84** Vgl. UN, *World Urbanization Prospects. The 2005 Revision*, New York 2006.

**85** Vgl. UN, *Urban Agglomerations 2008*, New York 2009.

**86** United Nations Population Fund (UNFPA), *Weltbevölke-rungsbericht 2007. Urbanisierung als Chance. Das Potenzial wachsen-der Städte nutzen*, Hannover 2007.



für eine effiziente Verwaltung fehlen, werden Armut, Verschmutzung, Verkehrschaos, Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit um sich greifen. Dies wird die Entstehung neuer Verteilungskonflikte fördern und die Sicherheitslage tendenziell verschlechtern.

Vor allem die Staaten der »dritten« Welt werden mit den Folgen der Verstädterung zu kämpfen haben. Zwar haben auch viele Industriestaaten Schwierigkeiten, die Infrastrukturen in den Megastädten und Großagglomerationen aufrechtzuerhalten und auszubauen, damit sie ihre lebenswichtige Funktion als Motor für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung weiterhin ausüben können.<sup>87</sup> Allerdings können die Industriestaaten dabei von einem sehr viel höheren Entwicklungsniveau ausgehen. Den weniger entwickelten Staaten werden dagegen die notwendigen finanziellen, fachlichen und personellen Ressourcen fehlen.

Eine andere Gefahr, die mit der fortschreitenden Verstädterung verbunden ist, besteht darin, dass die Städte selbst zum Schauplatz bewaffneter Konflikte werden können.<sup>88</sup> Sicherheitsexperten erwarten, dass Kriege zunehmend in Städten und nicht mehr in der Fläche ausgetragen werden und dass Rebellen Gruppen ihre Kampfhandlungen gezielt in die Städte verlagern könnten. In diesem Umfeld kann eine mögliche technologische Überlegenheit des Gegners neutralisiert werden, weil Waffen mit großer Reichweite und hochentwickelte Aufklärungstechnik im Häuserkampf oft unwirksam sind. Außerdem lassen sich dort Zivilisten leichter als menschliche Schutzschilde missbrauchen.

Die mit der Urbanisierung verbundenen Risiken sind ebenso zahlreich wie vielfältig und betreffen die Bevölkerung selbst, ihre Versorgung und ihr Überleben. Risiken ergeben sich aber auch für den betreffenden Staat, wenn ungelöste Verteilungs- und Versorgungskonflikte in gewaltsamer Form ausgetragen werden oder zu Aufständen führen, so dass Regierungsfähigkeit und Herrschaft in Frage gestellt werden. Die regionale Sicherheit ist bedroht, wenn Konflikte Fluchtbewegungen oder Massenwanderungen verursachen und auf diesem Wege aus den Ballungsgebieten »exportiert« werden.<sup>89</sup> Schließlich sind

auch Aspekte der internationalen Sicherheit berührt, wenn Wohlstand und Stabilität deshalb leiden, weil der betreffende Ballungsraum aufgrund unbewältigter Konflikte seine wirtschaftliche Rolle in der globalen Arbeitsteilung nicht mehr erfüllen kann.

## Migration, Flucht und Sicherheit

Grenzüberschreitende Wanderungen können – bei allen Vorteilen, die mit ihnen verbunden sind – auch eine sicherheitspolitische Herausforderung darstellen und dabei jeweils unterschiedliche Risiken für die Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer mit sich bringen.

Die Staaten der »dritten« Welt sind in besonderem Maße den Risiken ungesteuerter Migration ausgesetzt. Die Handlungsmöglichkeiten ihrer Regierungen sind generell begrenzt, und wie in vielen anderen Politikbereichen sind sie auch in Fragen der Migration nicht hinreichend handlungsfähig. Gerade in solchen Ländern kann eine massenhafte und ungeplante Zuwanderung interne Spannungen und gewaltsame Konflikte hervorrufen, wenn die ohnehin unzulänglichen Infrastrukturen überlastet werden und eine Konkurrenz um knappe Ressourcen entbrennt. Für die Herkunftsländer kann die Abwanderung qualifizierter Menschen (*brain drain*) erhebliche wirtschaftliche Nachteile haben.

Auch in den Staaten der »zweiten« und »dritten« Welt wird unregelmäßige bzw. irreguläre Zuwanderung oft als bedrohlich empfunden.<sup>90</sup> Dabei wird das Bedrohungsempfinden unter anderem von der wirtschaftlichen Lage, der bereits bestehenden demographischen Heterogenität und der gesellschaftlichen Akzeptanz von Zuwanderung beeinflusst. Unerwünschte Migration kann als Bedrohung der nationalen Identität, der gesellschaftlichen Kohäsion, der inneren Sicherheit und des wirtschaftlichen Wohlstands wahrgenommen werden.<sup>91</sup> Aus dieser Wahrnehmung wiederum können Risiken für die innenpolitische Stabilität, aber auch für die Beziehungen mit den Herkunfts- und Transitländern entstehen.

<sup>87</sup> Saskia Sassen, »Why Cities Matter«, in: Richard Burdett (Hg.), *La Biennale di Venezia. 10. International Architecture Exhibition: Cities, Architecture and Society*, Venedig 2006, S. 27–51.

<sup>88</sup> Brian Nichiporuk, *The Security Dynamics of Demographic Factors*, Santa Monica, Cal.: Rand Corporation, 2000, S. 54.

<sup>89</sup> Vgl. Canadian Consortium on Human Security, *Human Security for an Urban Century: Local Challenges, Global Perspectives*, Montreal 2007.

<sup>90</sup> Vgl. Steffen Angenendt, *Irreguläre Migration als internationales Problem. Risiken und Optionen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2007 (SWP-Studie 33/2007).

<sup>91</sup> Immer noch grundlegend: Ole Waever, »Societal Security: The Concept«, in: Ole Waever u.a. (Hg.), *Identity, Migration and the New Security Agenda in Europe*, London: Pinter, 1993, S. 17–58.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde über solche migrationsbezogenen Sicherheitsrisiken immer wieder debattiert.<sup>92</sup> Die Debatte war dabei durch drei Charakteristika gekennzeichnet: Erstens wurde sie vor allem unter sicherheitspolitischen, nicht aber unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten geführt. Initiatoren waren in erster Linie sicherheitspolitische Akteure, denen es um die Identifizierung potentieller neuer (militärischer) Risiken ging, etwa um Herausforderungen für die Grenzsicherheit oder um humanitäre Interventionen zur Verhinderung destabilisierender Entwicklungen.<sup>93</sup> Zweitens bezogen sich die Analysen vornehmlich auf die migrationsbedingten Risiken für die Staaten der »ersten« Welt und nahmen die Süd-Nord-Migration in den Blick. Die sicherheitspolitischen Folgen der Wanderungen in den Staaten der »zweiten« und »dritten« Welt und zwischen diesen Staaten fanden deutlich weniger Beachtung. Drittens standen meist Risiken für die Sicherheit von Staaten im Mittelpunkt, vor allem die Frage, unter welchen Umständen ungesteuerte und irreguläre Zuwanderungen die staatliche Souveränität, die Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen und die innerstaatliche Stabilität gefährden können. Aspekte menschlicher Sicherheit und die Auswirkungen von Migration auf die Lebenschancen der Migranten und ihrer Familien wurden weniger beachtet. Legt man einen erweiterten Sicherheitsbegriff zugrunde, lassen sich dagegen verschiedene Ebenen unterscheiden, auf denen Sicherheit durch wanderungsbedingte Konflikte gefährdet werden kann.

Auf der *Makroebene*, auf der Staaten angesiedelt sind, können Konflikte zwischen Herkunfts-, Transit- und Aufnahmeländern entstehen. So kann es sein, dass die beteiligten Länder keinen Konsens über die Form der Grenzkontrolle erzielen oder die Gegensätze zwischen den Interessen der Herkunfts- und Aufnahmestaaten an der Migrationspolitik unüberbrückbar sind. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn die Herkunftsländer ihren Arbeitsmarkt durch Auswan-

derungen entlasten und ihre Staatseinnahmen durch Rücküberweisungen von Migranten aufbessern wollen, die Aufnahmeländer aber kein Interesse an Zuwanderung haben und sich in dieser Hinsicht nicht kooperativ zeigen.

Auf der *Mesoebene* der Gruppenbeziehungen können sich Konflikte ergeben, wenn einheimische Bevölkerungsgruppen Zuwanderer als Konkurrenten um knappe Ressourcen und Infrastrukturen betrachten oder sich durch sie in ihrer kulturellen Identität bedroht fühlen. So kam es 2001 in Ghana zu Zusammenstößen zwischen liberianischen Flüchtlingen und lokaler Bevölkerung. Ähnliches kann auch in Tansania beobachtet werden, wo sich derzeit noch schätzungsweise 320 000 Flüchtlinge aus Nachbarstaaten längerfristig aufhalten. In Côte d'Ivoire trug die von dem nationalistischen Konzept der »ivorité« genährte Feindseligkeit gegenüber Flüchtlingen sogar zum Ausbruch des Bürgerkrieges im September 2002 bei.<sup>94</sup> Weiteren Konfliktstoff bergen Konstellationen, in denen sich Zuwanderergruppen von der Bevölkerungsmehrheit wegen ihrer Herkunft oder kulturellen und religiösen Zugehörigkeit diskriminiert fühlen oder wo diese Gruppen sozial marginalisiert sind und räumlich segregiert leben. Konflikte können beispielsweise auch über Geschlechterrollen, religiöses Verhalten oder kulturelle Praktiken ausbrechen. Migrationsbedingte soziale Spannungen werden dabei durch die Konkurrenz um Arbeitsplätze und strapazierte Infrastrukturen verschärft.

Auf der *Mikroebene* individueller Kontakte entstehen Konflikte, wenn Zuwanderer mit Fremdenfeindlichkeit oder rassistischer Gewalt konfrontiert sind. Dies ist in allen hier betrachteten Weltgebieten immer wieder zu beobachten. So wurde in der »ersten« Welt beispielsweise im Jahr 2000 in Andalusien Jagd auf irreguläre nordafrikanische Einwanderer gemacht. In der »zweiten« Welt wurden Einwanderer aus afrikanischen Staaten Opfer von Gewaltakten bewaffneter Banden in den Townships von Johannesburg, und in Nordafrika kommt es häufig zu sexueller Gewalt gegen Migrantinnen, die sich auf dem Weg nach Europa befinden.<sup>95</sup> Konflikte können zudem entstehen,

<sup>92</sup> Vgl. als Übersicht: Myron Weiner, »Security, Stability and International Migration«, in: Myron Weiner (Hg.), *International Migration and Security*, Boulder, Col.: Westview Press, 1993, S. 1–35; Nazli Choucri, »Migration and Security: Some Key Linkages«, in: *Journal of International Affairs*, 56 (2002) 1, S. 98–121; Elspeth Guild/Joanne van Selm (Hg.), *International Migration and Security: Opportunities and Challenges: Immigrants as an Asset or Threat?*, Abingdon: Routledge Chapman & Hall, 2005.

<sup>93</sup> Vgl. auch Yannis A. Stivachtis u.a., »International Migration and the Politics of Identity and Security«, in: *Journal of Humanities and Social Sciences*, 2 (2008) 1, S. 1–24.

<sup>94</sup> Paul-Simon Handy u.a., *Security Implications and Development Opportunities of Migration. A Regional Study of West Africa*, Fachtagung Migration und Sicherheit »Risiken und Chancen der Süd-Süd Migration für Frieden und Entwicklung«, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2009, S. 6.

<sup>95</sup> Vgl. Médecins sans frontières, *Sexual Violence and Migration*, Madrid 2010.

wenn Einheimische unter zuwanderungsbedingter Kriminalität leiden.

Über die schon genannten Konfliktpotentiale hinaus gibt es weitere Risiken für die innere und äußere Sicherheit, die mit Wanderungen verbunden sind. So kann die innere Sicherheit von Staaten beeinträchtigt werden, wenn die Zuwanderung unzureichend gesteuert wird, die Zuwanderer nicht integriert werden, wenn irreguläre Zuwanderung und Menschenhandel zu Folgekriminalität führen oder wenn aufgrund ungelöster Integrationsprobleme Fremdenfeindlichkeit und politischer Extremismus um sich greifen. Die Sicherheit des Aufnahmelandes – und dies gilt insbesondere für die alternden und schrumpfenden Staaten der »ersten« Welt – kann andererseits aber auch dadurch gefährdet sein, dass zu wenig Zuwanderung stattfindet und mittelbar die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die gesellschaftliche Innovationsfähigkeit beeinträchtigt werden.

Ein direktes Risiko für die äußere Sicherheit von Staaten stellen Zuwanderungen nur dann dar, wenn sie massenhaft, unkontrolliert und in kurzer Zeit erfolgen. Die Unfähigkeit eines Staates, die eigenen Grenzen zu kontrollieren, käme in diesem Fall einem Verlust seiner territorialen Souveränität gleich. Fluchtbewegungen der beschriebenen Art hat es in den vergangenen Jahrzehnten nur in ärmeren Weltgebieten mit weniger strikt kontrollierten Grenzen gegeben, beispielsweise im östlichen Afrika. Zuwanderungen in die Industriestaaten hatten bislang nicht einmal in Bürgerkriegssituationen in benachbarten Regionen mit extrem hohem Abwanderungsdruck einen solch destabilisierenden Umfang. Sie können aber durchaus indirekte Wirkungen auf die äußere Sicherheit von Aufnahmestaaten haben.

Dies betrifft zum einen die Beziehungen dieser Staaten zu den Herkunftsländern. Ein Beispiel sind die Spannungen, die in den vergangenen Jahren im Verhältnis zwischen den USA und Mexiko herrschen. Dabei geht es um die Steuerung der mexikanischen Zuwanderung in die USA und die damit verbundenen Auseinandersetzungen um den errichteten Grenzzaun, um Menschenhandel und Kriminalität und um eventuelle Maßnahmen zur Legalisierung irregulärer Zuwanderer in den USA. Auch die Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen und deren Anerkennung als politisch Verfolgte belasten regelmäßig die Beziehungen zu den Herkunftsländern. Potentielle Aufnahmeländer können sich veranlasst sehen, in die inneren Belange der Ursprungsländer einzugreifen, um unerwünschte Einwanderung zu verhindern.

Auch kann sich eine Diaspora im Aufnahmeland darum bemühen, Unterstützung für »ihre« Seite in einem innenpolitischen Konflikt im Herkunftsland zu mobilisieren, oder sie kann gegen die Politik des Aufnahmelandes vorgehen, sofern das Land in dem Konflikt eine ihr nicht genehme Position einnimmt. Umfassende Binnenwanderungen oder grenzüberschreitende Wanderungen können zur Destabilisierung von Ländern oder Regionen führen, deren Stabilität im Sicherheitsinteresse der Industriestaaten liegt. Ungelöste Migrationsfragen sind imstande, die politische Zusammenarbeit in regionalen Integrationsverbänden wie der EU zu beeinflussen. So verfolgen die nördlichen und westlichen EU-Staaten zum Teil immer noch deutlich andere Interessen in der Migrationspolitik als die südlichen und östlichen Mitgliedstaaten. Im Ergebnis führt dies zu Blockierungen der gemeinsamen Migrations- und Asylpolitik.<sup>96</sup>

<sup>96</sup> Vgl. Steffen Angenendt/Roderick Parkes, *Neuer Impuls für die EU-Asylpolitik? Möglichkeiten und Grenzen des neuen Unterstützungsbüros für Asylfragen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2010 (SWP-Aktuell 60/2010).

## Schlussfolgerungen

Im Hinblick auf den demographischen Wandel ist vor allem die Bevölkerungsdynamik wichtig. Dabei sind weniger die absoluten Größen von Bedeutung als vielmehr die relativen Veränderungen der Bevölkerung, also Veränderungen des Umfangs, der Altersgruppen, der ethnischen Zusammensetzung, der Binnen- und Außenwanderungen sowie der Bevölkerungsdichte, insbesondere im Zuge der Verstädterung. Das Wissen um diese demographischen Veränderungen ist für das Verständnis von Risiken und Konflikten um Ressourcen, Teilhabe und Macht unabdingbar.

Zwischen Demographie und Sicherheitsrisiken bestehen direkte und indirekte Zusammenhänge, die bei der Analyse unterschieden werden müssen. Problematisch ist vor allem der Nachweis direkter Zusammenhänge, weil demographische Faktoren vorwiegend im Zusammenspiel mit anderen wirtschaftlichen und politischen Faktoren konflikttreibend wirken und sicherheitspolitisch relevant werden. Monokausale Erklärungen vereinfachen in der Regel demographische Risikofaktoren in unzulässiger Weise und verleiten zu Fehleinschätzungen dieser Faktoren.

Die Sicherheitsrisiken und politischen Herausforderungen, die aus demographischen Prozessen erwachsen, stellen sich in den hier untersuchten drei Staatengruppen unterschiedlich dar. So beeinträchtigt der demographische Wandel in den alternden und schrumpfenden Staaten der »ersten« Welt die Fähigkeit der Regierungen, auf sicherheitspolitische Risiken zu reagieren. Dieser Fall kann eintreten, wenn aufgrund der Alterung ein wachsender Teil der Bevölkerung eine Umschichtung der öffentlichen Haushalte zugunsten ihrer Versorgung und zulasten militärischer Ausgaben befürwortet. Als Folge verschlechtert sich die personelle und finanzielle Ausstattung der Streitkräfte. Wegen der nachlassenden öffentlichen Zustimmung zu außenpolitischen Engagements schwindet auch der außen- und sicherheitspolitische Einfluss des betreffenden Landes.

Die Staaten der »zweiten« Welt werden hingegen wirtschaftlich und wahrscheinlich auch machtpolitisch von ihrer günstigen demographischen Entwicklung profitieren. Neue Konkurrenzen werden sich ergeben, wenn Indien und andere asiatische Staaten nicht zuletzt dank ihrer Bevölkerungsstruktur wirt-

schaftlich stark wachsen, Zugang zu wichtigen Märkten und Rohstoffen suchen, militärisch aufrüsten und größeren weltpolitischen Einfluss anstreben.

In den wenig entwickelten Staaten der »dritten« Welt können hohe Geburtenraten die Entwicklungschancen beträchtlich mindern. Gerade die armen Staaten werden einen starken Überhang an jungen Bevölkerungsgruppen wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch nur schwer oder gar nicht bewältigen können. Eine große Zahl jüngerer Menschen, die nicht in die Arbeitsmärkte integriert sind, kann für diese Staaten ein Sicherheitsrisiko darstellen. Die Risiken gewalttätiger Auseinandersetzungen um knappe Ressourcen oder gesellschaftlichen Status werden sich mehren. Als Folge werden aller Wahrscheinlichkeit nach neue innerstaatliche und grenzüberschreitende Wanderungen entstehen.

Zusammenfassend lassen sich einige Handlungsmöglichkeiten benennen.

- ▶ In vielen Ländern der »dritten« Welt besteht ein nicht gedeckter Bedarf an Maßnahmen der Familienplanung. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sollten die Geberländer daher die Förderung einer nachhaltigen und ausgeglichenen Bevölkerungsentwicklung und der dazu notwendigen Rahmenbedingungen (Bildung und Gesundheitssysteme) beträchtlich ausweiten. Insbesondere eine längere Sekundarschulbildung vergrößert die Möglichkeiten der Frauen, über die Zahl ihrer Kinder mitzubestimmen. Generell sollten demographische Faktoren in der Entwicklungszusammenarbeit stärker beachtet, die Zusammenarbeit staatlicher und nichtstaatlicher Akteure sollte dabei systematisch gefördert werden.
- ▶ Die Länder der »zweiten« Welt verfügen derzeit noch über eine günstige Bevölkerungsstruktur. Sie sollten insofern darin unterstützt werden, ihre zum Teil nur noch zwei bis drei Jahrzehnte bestehende »demographische Dividende« so gut wie möglich zu nutzen, um die Infrastrukturen und Sozialversicherungssysteme aufzubauen, die für die bevorstehende Alterung und Schrumpfung notwendig sind. Dies gilt insbesondere für China, wo der demographische Wandel wegen der lange verfolgten Ein-

Kind-Politik sehr viel drastischer ausfallen wird als in den anderen Schwellenländern. Die Industriestaaten können ihre wertvollen Erfahrungen mit den Ländern der »zweiten« Welt teilen und möglichen längerfristigen Destabilisierungen entgegenwirken.

- ▶ Die alternden und schrumpfenden Staaten der »ersten« Welt müssen sich ebenfalls um eine ausgeglichene Bevölkerungsstruktur bemühen. Die Erfahrung der (wenigen) Industriestaaten, deren Bevölkerung sich günstiger entwickelt, lehrt unter anderem, dass eine familienfreundliche Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, die eine Verbindung von Kinderwunsch und Berufstätigkeit erleichtert, eine verlässliche frühkindliche Betreuung und eine langfristige und substantielle Förderung von Familien zumindest Anreize für höhere Geburtenzahlen geben kann. Diese Länder müssen sich zudem auch an den demographischen Wandel anpassen. Dies kann nur gelingen durch umfangreiche Investitionen in die Zukunftsfähigkeit – insbesondere in Bildung, Forschung und Entwicklung – sowie durch eine bessere Nutzung der gesellschaftlichen Potentiale, speziell im militärischen Bereich durch eine intensivere zwischenstaatliche Kooperation.
- ▶ Den Risiken der Urbanisierung ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Vor allem das Bevölkerungswachstum in den mittelgroßen Städten bis 500 000 Einwohnern kann die wirtschaftliche Entwicklung und politische Stabilität der betroffenen Länder bzw. Regionen belasten. Da in vielen Ballungsgebieten die notwendigen Infrastrukturen fehlen werden und sie sich künftig nur schlecht regieren lassen, können Armut, Perspektivlosigkeit, Radikalisierung und Gewalt um sich greifen. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit wäre eine materielle und inhaltliche Unterstützung zum Aufbau von Verwaltungs- und Infrastrukturen hilfreich.
- ▶ Die Zunahme innerstaatlicher und grenzüberschreitender Fluchtbewegungen macht es erforderlich, das bereits übermäßig belastete internationale Flüchtlingsschutzsystem zu stärken und weiterzuentwickeln. Durch wahrscheinlich vermehrt auftretende »gemischte Wanderungen« und den Anstieg der Zahl von Binnenflüchtlingen wird dieses System unter zusätzlichen Druck geraten. Die von internen und externen Fluchtbewegungen betroffenen Staaten müssten stärker unterstützt werden, um auf diese Weise Destabilisierungen zu vermeiden und den Schutz von (Binnen-) Flüchtlingen zu

gewährleisten. Die Industriestaaten haben ein besonders großes Interesse an einem funktionsfähigen internationalen Flüchtlingsregime. Dieses Interesse beruht nicht nur auf der Tatsache, dass der Flüchtlingsschutz eine grundlegende ethische und völkerrechtliche Verpflichtung liberaler Demokratien darstellt, es rührt auch daher, dass bislang der weit überwiegende Teil der Vertriebenen und Flüchtlinge von den weniger und am wenigsten entwickelten Staaten aufgenommen wird, was die Industriestaaten bei der Flüchtlingsaufnahme entlastet. Diese Staaten müssen bei der Schutzgewährung materiell und beratend unterstützt werden.

- ▶ Grundsätzlich müssen die zwischenstaatlichen und internationalen Bemühungen um eine Steuerung der Migration und eine Förderung von Mobilität intensiviert werden. Als schnell alterndes und schrumpfendes Land hat Deutschland ein besonderes Interesse an umfassenden und kohärenten Migrationsprogrammen. Solche Programme – dazu zählen auch die Mobilitätspartnerschaften der EU – können einen Beitrag dazu leisten, dass die Migration aus weniger entwickelten Staaten besser gesteuert wird. Im günstigsten Fall ließe sich so die Gefahr eines Braindrain verringern und dafür Sorge tragen, dass die Migration für alle Beteiligten (Herkunftsländer, Aufnahmeländer und die Migranten selbst) positive Wirkungen entfaltet. Zu diesen Auswirkungen gehören Kapitalflüsse und ausländische Direktinvestitionen in die Herkunftsländer, die deren Wirtschaftswachstum und gesellschaftliche Modernisierung fördern sowie Destabilisierungs- und Radikalisierungstendenzen gegensteuern kann. Für die Aufnahmestaaten bedeutet geregelte Migration meist Wohlstandsgewinne, Wettbewerbsvorteile und letztlich eine Stärkung ihres internationalen Einflusses und der Möglichkeit, regionale Stabilität zu fördern und gewalthaltige Konflikte zu verhindern.

## Abkürzungen

Aids	Acquired Immune Deficiency Syndrome
EU	Europäische Union
FAO	Food and Agriculture Organisation
HIV	Human Immunodeficiency Virus
IMF	International Monetary Fund
IOM	International Organization for Migration
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
MEA	Mannheim Research Institute for the Economics of Aging
MENA	Middle East and North Africa
NBER	National Bureau of Economic Research (Cambridge, Mass.)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
SIPRI	Stockholm International Peace Research Institute
TFR	Total Fertility Rate
UN	United Nations
UNAIDS	Joint United Nations Programme on HIV/Aids
UNDP	United Nations Development Programme
UNFPA	United Nations Population Fund
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
WHO	World Health Organization